

Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 3,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,60 Mk., unter Streifen 3,00 Mk. Anzeigenspreis: Die dreispaltige Mittelzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Belegungsanzeigen 6 Pf. reklamationslos. Die dreispaltige Mittelzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 80, Telefon 500 89. Postfach 1234; Breslau 544, Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 80, Telefon 230 02. Expeditionsleiter: G. R. G. Expeditionsleiter: G. R. G., Wilhelmstraße 26, Telefon 4085; G. R. G., Buntz, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8—10 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schiel, Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Rosa“ - Verein, H. L. Breslau, Trebnitzer Str. 40.

Breslauer KPD.-Arbeiter für Volksentscheid!

Seydewitz in Breslau / Eine interessante Mitgliederversammlung

(Sig. Bericht.) Breslau, 25. September.

Um die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter von der Beteiligung am Volksentscheid fernzuhalten, hatte sich der Breslauer sozialdemokratische Parteivorstand den „Linken“ Seydewitz, Zwaidau für gestern abend verschrieben, der in einer Mitgliederversammlung der KPD. über den Volksentscheid referierte. Seydewitz vertrat den bekannten Standpunkt der städtischen Linken und betonte, in Sachen hätten sich zwei Bezirke für den Volksentscheid und zwei dagegen ausgesprochen. Um den Bezirk nicht zu zerlegen, und die Einheitlichkeit der Bewegung zu sichern, sei der Bezirksvorstand zur Ablehnung des Volksentscheides gekommen. Innerlich sei er (Seydewitz) zwar für den Volksentscheid, da ihn aber die KPD. veranlaßt, und als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie benutze, dürfe kein Arbeiter ihn mitmachen. (Zwischenrufe der KPD.-Arbeiter: Wir müssen uns am Volksentscheid beteiligen!)

In der Diskussion kam die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter über die Sabotage des Volksentscheides durch die SPD-Führer zum Ausdruck. Der SPD-Mann Walter Müller erklärte, die Situation sei beramt, daß die SPD-Arbeiter nicht werden umhin können, den Volksentscheid mitzumachen.

Professor Ward führte u. a. aus: Die Zuführung zum Panzerkreuzer sei kein Betriebsunfall der Minister. Bereits bei der Regierungsbildung sei bekannt gewesen, daß der Panzerkreuzer A gebaut werde. Die Partei wird die Mitglieder nicht maßregeln können, wenn sie zum Volksentscheid gehen.

Kausch erklärte ebenfalls: Beim Volksentscheid werden wir nicht umhin können, mitzumachen, wenn nicht die Reaktion einen Sieg davontragen soll, was die Koalition bringt, sehen wir in Preußen.

Von den rechten Führern (Voigt und Ruffert waren anwesend) sprach nur der Regierungsrat Dr. Hamburger, der insam gegen den Volksentscheid hezte und die Arbeiter vor Beteiligung warnte. Auch versuchte er den Volksentscheid als eine aussichtslose Sache hinzustellen. Er fand nur bei einem Teil der Versammlung Beifall.

Im Schlußwort ließ Seydewitz nochmals alle Kräfte spielen, um die Arbeiter bei der Stange zu behalten. Er sprach sich gegen die gegenwärtige Koalition aus, ohne sich indessen zu einem grundsätzlichen Kampf gegen die Koalitionspolitik zu bekennen. Den

Regierungsrat Hamburger, der die preussische Koalition lobt und die Aufstellung der Gutsbezirke als Erfolg der Koalition hingestellt hatte, erinnerte er daran, daß in Sachen diese Arbeit gleich nach der Revolution, Anfang 1919, erledigt wurde. Auch das Schlußwort von Seydewitz konnte einen erheblichen Teil der versammelten sozialdemokratischen Mitglieder nicht in der Ueberzeugung wandeln machen, daß der Volksentscheid nötig sei und von allen Arbeitern ohne Unterschied der Partei unterstützt werden muß.

Dieser Bericht, der uns lobend zugeht, beweist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter trotz der Lügenheze der SPD, trotz des schamlosen Aufruhrs in der Sonnabend-„Volkswacht“ erkannt haben, daß der Volksentscheid nicht eine Sache der kommunistischen Partei allein, sondern eine Angelegenheit ist, die im Interesse des gesamten Proletariats von allen Arbeitern auf das kräftigste und entschiedenste unterstützt werden muß.

Auch der Hinweis von Professor Ward ist charakteristisch für die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter. Die „Linken“ wollen erkennen, daß die Bewegung für den Volksentscheid so stark ist, daß ihr mit organisatorischen Mitteln ebensowenig beizukommen ist wie mit der bisherigen Verleumdungskampagne gegen die KPD. Massenflucht der Mitglieder aus der Panzerkreuzerpartei würde erfolgen, wenn die SPD. es wagen würde, sozialdemokratische Arbeiter, die sich am Volksentscheid beteiligen, zu maßregeln. Deshalb raten die linken Führer, obwohl sie mit den rechten einig sind in der Sabotage des Volksentscheides, den Vogen nicht zu straffen zu spannen.

Die bisherigen Sammelergebnisse in Breslau — ein Genosse sammelte in 1½ Stunden in den allerärmsten Vierteln des Zentrums 10 Mk. — zeugen ebenfalls davon, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter beim Volksentscheid, bei ihren Klassengenossen im Betrieb und nicht bei ihren Führern stehen.

Genossen, Genossinnen, nutzt diese Zeit, diskutiert mit den sozialdemokratischen Kollegen, agitiert und sammelt für den Volksentscheid. Dann wird die Mauer, welche die SPD.-Führer zwischen uns und den sozialdemokratischen Arbeitern errichten wollen, niedergelegt, und der Sieg wird unser sein!

Auströmargistische Realpolitik

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie
Von Will Schlam m (Wien)

Der eben abgeschlossene Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigte sich ausschließlich mit nächstem Innerösterreichischen Problemen. Und zwar war der Parteitag so sehr damit beschäftigt, daß er überhaupt „vergah“, zu den Beschlüssen des Wiener Kongresses der Zweiten Internationale Stellung zu nehmen.

Vor nicht ganz einem Jahr hatte der letzte Parteitag der SPD. stattgefunden. Er stand im Schatten der Wiener Julierhebung. Die Tatfrage des Wiener Aufstandes beherrschte den vorjährigen Parteitag und zwang ihn zu einer großen politischen Auseinandersetzung. Sie war bestimmt durch das Auftreten Karl Renners; der blanke Revisionismus feierte damals einen bedeutenden Triumph in der „Linken“ SPD. Der diesjährige Parteitag gab sich „einheitslicher“. Zwang damals das Selbsterhaltungstreben des Auströmargismus, dem Proletariat das Schauspiel eines Kampfes zwischen Rechts und „Linken“ vorzuführen, so war der eben beendete Parteitag eine Demonstration trauerter Einheit: Da er sich mit konkreter Politik beschäftigte, wäre eine Auseinandersetzung zwischen rechts und links einfach unsinnig gewesen; denn in der Praxis hat ja Karl Renner gegen seine „Linken“ Kollegen seit langer Zeit nicht das geringste einzuwenden.

Aber natürlich haben auch diesem Parteitage die gleichen Elemente den Stempel aufgedrückt, die den 15. Juli und seinen tragischen Verlauf bemerkt haben: die zielbewusste Offensive der österreichischen Bourgeoisie und die völlige Kapitulationsbereitschaft der Sozialdemokratischen Partei. Es ist nicht ein Zufall, sondern eine Konsequenz der innerösterreichischen Entwicklung, daß der Parteitag der SPD. geradezu in einer Atmosphäre des schärfsten Loschlagens, in einer Atmosphäre des 7. Oktobers, stattfand.

Schon im Sommer einberufen, hätte der Parteitag ursprünglich eine selbstbewussteren Politik der SPD. einleiten sollen. Wie es nach den Wünschen seiner Regisseure gegangen, dann wäre er ein Auftakt zu Neuwahlen gewesen, von denen sich der Parteivorstand nicht wenig verprochen: Neuwahlen mit der dankbaren Lösung des Mieterschutzes. Es kam anders. Die Seipel-Bourgeoisie, die außerparlamentarisch zu kämpfen gelernt hat, erzwang eine Kapitulation von demütigstem Gemüts. Unter dem Druck der für den 7. Oktober angeführten „Generalsprobe des Marches auf Wien“ tat die Sozialdemokratie alles, was man nur von ihr verlangte. Wahrscheinlich wird ihr Seipel nunmehr den 7. Oktober ersparen; dafür soll das Proletariat mit dem Mieterschutz bezahlen.

Es ist bekannt, daß der Mieterschutz ein zentrales Problem der österreichischen Innenpolitik darstellt. Für die Bourgeoisie ist er ein mit ihrem gehobenen Kraftbewußtsein unvereinbarer Eingriff in privatkapitalistische Rechte; für das Proletariat ist er die schmale Schranke vor dem Versinken in selbst für österreichische Begriffe unvorstellbares Elend. Für die Sozialdemokratie überdies eine — bisher — zugkräftige Wahlparole. Ein Atonen also, den die Bourgeoisie nach dem niedergeschlagenen Wiener Juli-Aufstand unter allen Umständen durchschneiden wollte. Es ist ihr vorläufig gelungen. Der sozialdemokratische Parteitag hat ihre Wünsche erfüllt. Sowohl das Referat Otto Bauers als auch die einstimmig angenommene Resolution über diesen hauptsächlichsten Beratungsgegenstand des Parteitages haben — zur offen geäußerten Zufriedenheit der Bourgeoisie — die Bereitschaft der SPD. zur Opferung des Mieterschutzes außerhalb jeden Zweifels gerückt.

Otto Bauer wäre freilich nicht er selbst, hätte er nicht eine Theorie geliefert, die das Fallenlassen des Mieterschutzes geradezu als revolutionäre Pflicht haarscharf „nachweist“. Diese famose Theorie bringt es erstens zustande, das Problem zu verschieben: Nicht die Erhaltung des Mieterschutzes sei die wahrhaft wesentliche Aufgabe, sondern der Bau neuer Wohnungen für die nachrückende Generation. Diese Theorie mag es zweitens, die Lasten dieser Neubauten völlig auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen und unter dem Titel der proletarischen Solidarität die Arbeiterchaft Milliardensummen zahlen zu lassen. Die von Bauer beantragte „Lösung der Mietersfrage“ schlägt nämlich eine Erhöhung des gegenwärtigen Mietzinses auf das Dreifache vor — mehr verlangt vorerst auch Seipel nicht — wenn nur mit dem herausgehobenen Proletariatsgeld neue Wohnungen gebaut werden. Sobald also die Regierung des profitablen Kompromisses willen ein fragwürdiges Bauprogramm aufstellt, erhält sie von der Sozialdemokratie den ganzen Mieterschutz. Seipel und Bauer haben sich gefunden. Die Heimwehrleute können sich die Fahrt nach Wiener-Neustadt ersparen.

Renner, der nicht anders als offen reformistisch reden kann, hat, ohne es zu wollen, ein treffendes Urteil über die „sozialistische Wohnbaupolitik“ Bauers gefällt. Um sie den Hausbesitzern noch schmerzhafter zu machen, stellte er — ganz mit Recht — fest, daß es in Wirklichkeit die Wohnungspolitik Poincarés, „der doch gewiß des Volkswirtschafts nicht verdächtig ist“, und aller anderen klugen Politiker des Westens sei, deren Funktion in Oesterreich gegenüber Seipels Kleinhaatlichem Egoismus eben die Sozialdemokratie erfüllt. Und auf demselben Parteitag erklärte man auch, daß die berühmte „sozialistische“ Politik der Gemeinde Wien nichts anderes sei als „einfach korrektes Wirtschaften“. Warum sollten auch auf einem sozialdemokratischen Parteitag nicht unter anderem einige Wahrheiten gesagt werden?

Die Kapitulation blieb nicht auf die lebenswichtige Frage des Mieterschutzes beschränkt. Auch in der Frage der Teilung der Steuerereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Etagenteilungsvergleich) wurde eine Lösung des Wortes gesprochen, die dem Proletariat der Städte, insbesondere Wiens, Millionen an neuen Steuern kosten wird. Und nicht die notwendige Lösung des Partei-

Manöver im Zeichen der Aufrüstung

Neue Todesopfer — SPD.-Schützinger im Großen Hauptquartier

m. w. Am den Görtzer Stadtpark entwickelte sich am Sonnabend bei den Manövern ein heifer Kampf zwischen der Roten und der Weißen Armee. Zum erstenmal konnte man dabei ein neues Kriegsmittel sehen, nämlich Autos, die in kurzer Zeit in einen Kraftwagen auf Raupen verwandelt werden können. Welche Rauchwolken sollten markierte Artillerieeinlagen und aufsteigende Kinderballons Fliegerangriffe vortäuschen. Schließlich gelang es doch den Roten Truppen, den Stadtpark einzunehmen, und am frühen Nachmittag wurde der Kampf abgeschlossen.

Der Vertreter des sozialdemokratischen Pressedienstes, der frühere Polizeioberst Dr. Schützinger, hatte am Sonnabend mit dem Reichswehrminister Groener eine Aussprache über das Wehrproblem, in der er u. a. darauf hinwies, „daß die sozialdemokratische Presse den Wehrfragen nicht feindlich gegenüberstehe, sondern sich sogar bemühe, das Volk wieder mehr an diesen Dingen zu interessieren.“ (Siehe auch Bemerkung der Panzerkreuzer. D. B.) Auch die Frage des Staatssekretärs im Reichswehrministerium wurde von Schützinger angefnitten. Er bekam jedoch von Groener eine Ohrfeige dergestalt, daß Groener erklärte, „Hier gibt es einen Kampf, der von dem Reichspräsidenten und mit durchgeführt wird, wir können einen Staatssekretär nicht dulden.“ Zur Panzerkreuzerfrage wies der Wehrminister ebenfalls darauf hin, daß er mit dem Panzerkreuzer stehe und falle.

Ueber die Hauptmanöver-Übungen, die seit gestern ununterbrochen dauern, werden wir einen eingehenden Bericht in den nächsten Tagen bringen.

Wir berichteten bereits vergangene Woche über Manöver-Anfälle, nunmehr ist zwischen Kusterberg und Zannowitz ein Panzerkraftwagen, wie es heißt infolge Versagens der

Bremse, eine steile Straße abgestürzt, die vier Mann Besatzung wurden dabei leicht verletzt. In Pirchberg fuhr ein Militär-Lastkraftwagen bei einer Kurve auf den Bürgersteig und verlor dabei eine 26jährige Frau so schwer, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. In Laaban wurde ein Nachrichten-Unterschiedsbeamter bei einem Zusammenstoß seines Motorrades mit einem Kraftwagen auf der Stelle getötet. Diese verschiedenen Unfälle, die also sogar zwei Todesopfer gekostet haben, kommen auf Kosten dieser Kriegsspielerei des neudeutschen Imperialismus.

Gute Zeiten für Fememörder

3 Jahre Zuchthaus für einen gemeinen Mordmörder
Berlin, 25. September.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann gestern der Prozeß gegen den Oberleutnant a. D. Nikolai Keim wegen Ermordung des Oberfeldwebels Billy Legner auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz. Obwohl der Angeklagte der Tat überführt wurde, und selbst zugab, an der Verletzung des Legner beschuldigt zu haben, wurde er nur zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, wovon zwei Jahre und 35 Tage auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Legner braucht also für den begangenen Mord, nachdem er zwei Jahre in Untersuchungshaft saß, in der er alle Vergünstigungen hatte, nur noch 10 Monate 25 Tage Zuchthaus „büßen“.

Ein Massenjustizurteil skandalösester Art, das geradezu eine Erlaubnis auf Mordmörder bedeutet. Wir kommen auf die Durchführung dieses Prozesses, in dem die Reichswehrstellen sich vorsichtig im Hintergrund hielten, noch zurück.

tages ist die Geburt einer neuen (oder alten!) Theorie des Parlamentarismus: Otto Bauer führte unter Zustimmung des ganzen Parteitagtes zur Begründung der — nun schon wieder überflüssigen — Forderung nach Neuwahlen aus, daß eine „von der Mehrheit des Volkes legitimierte Parlamentarismus beschließen könne, was sie für richtig halte“. Eine herrliche Perspektive! Wenn sich eine Mehrheit findet — in welchem parlamentarischen Lande würde sie sich nicht? — die den Befehl auslöst, die Willkürherrschaft der Volksmassen, das Verbot der Gewerkschaften, die Verschlingung der Arbeiterbewegung und so weiter gütlich beschließen will — die Sozialdemokratie wird sie daran nicht hindern, denn „die Mehrheit ist vom Volke legitimiert“. So einfach ist das Problem des Klassenkampfes für den Kapitalismus geworden.

Es wurde auf dem Parteitag nur wenig ausdrücklich über den 7. Oktober gesprochen. Um so mehr dachte man an ihn, um so mehr beherrschte er die Diskussionen. Da zogen sie alle aus, die Otto Bauer und Julius Deutsch, um den Hauptanführer des Blutbades vom 18. Juli, das 80 Todesopfer gefordert hat, den Prälaten Seipel, von dem Verdacht reinzuwaschen, daß er etwa gar ein Gewaltmensch oder Faschist sei. Sie brachten vielmehr, wenn auch in gewundenen Worten, das Vertrauen aus, er werde „die Republik vor dem Faschismus schützen“, da das doch seine Pflicht sei. Und vor allem: es bestände ein tiefer Gegensatz zwischen der kapitalistischen Demokratie und dem Faschismus. Den Faschismus „überflüssig zu machen“, das heißt auf den Mieterschutz freiwillig zu verzichten, darin besteht die autokratische „Realpolitik“. Damit hat nun nach Renner auch Otto Bauer seine Koalitions- und Regierungsfähigkeit bewiesen.

Schon hat auch die großkapitalistische Presse begonnen, den 7. Oktober abzublasen. Das Organ des oberfaschistischen Steible, die „Sünderbrüder Nachrichten“, schreibt z. B.:

„Damit (mit den Beschlüssen des Parteitagtes) könnte der Weg zu einem erledigten Kompromiß gefunden sein. Dann sollte auf die Dauer dieser Verhandlungen ein Burgfrieden gehalten werden. Es wäre unklug, die Diskussion fortzusetzen und die Gemüter weiter in Aufregung zu erhalten.“

Hier ist das eigentliche Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitagtes! Der Kapitalismus ist zu generellen Kapitulationen bereit. Er hat die Fähigkeit gezeigt, „im Burgfrieden“ mit dem Faschismus zu „regieren“!

Die SPD. hat mit ihrem eben beendeten Parteitag wieder ein gutes Stück ihres Weges zurückgelegt, der trotz aller vorläufigen erhellender Einigkeit ihrer Partei unvermeidlich ein Weg der völligen Selbstzerklüftung ist. Die Arbeitermassen, die zu ihrem großen Teil noch immer an den monströsen Apparat der SPD. gefesselt sind, werden die Einigkeit dieses Parteitagtes — es ist zugleich die Einigkeit von Bauer und Seipel — bitter bezahlen. Die tägliche Erfahrung lehrt sie unter schweren Opfern, unter Bezahlung eines hohen Lehrgeldes, verstehen, daß die kommunistische Partei Österreichs die einzige antifaschistische Kraft, die einzige Vertreterin der proletarischen Lebensinteressen, die mutige Führerin im Klassenkampfe ist. Mehr denn je ist es Pflicht der SPD., nach diesem schmählichen Parteitag der SPD. den schonungslosen Kampf gegen diese Partei der streppelosen Kapitulation zu führen.

Roter Tag in Nürnberg

15 000 Teilnehmer — Polizei schießt auf Demonstranten

(Sig. Drahtber.) Nürnberg, 21. September.

Der Rote Tag am Sonntag in Nürnberg war ein großer Erfolg. 15 000 Demonstranten beteiligten sich an ihm; 15 000 Werkstatte umfäumten die Straßen. Am Aufmarsch beteiligten sich allein 5000 uniformierte Rote Frontkämpfer. Aus Nord- und Südbayern, aus Württemberg, aus dem Erzgebirge und dem Vogtland, aus Frankfurt waren starke Delegationen der RPD, von Großbetrieben und von proletarischen Massenorganisationen erschienen. Die Polizei im reaktionären Bayern benahm sich im Verein mit den Gaskreuzlern außerordentlich provokatorisch. Die Polizei schoss in die Demonstranten, allerdings glücklichweise ohne jemand zu verletzen. Eine Anzahl Kameraden wurde verhaftet. Der Rote Tag war ein mächtiger Auftakt zum Volksbegehren.

Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

2 (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Die Hotels „Telegraf“, „Klaus“ und „Kulmbach“ an der Zuhbrücke, das Bierhaus „Zu den drei Schweigern“ auf dem Roornmarkt und das große Warenhaus „A Innovation“ in der Velstraat müssen am meisten davon glauben.

Aber ein Ausschlag von Deutschen kommt Gott sei Dank nirgends vor. Und die schauerliche Füllierung der Grabränder Heinrich und Wilhelm Stenger vom Hotel Sando in der Blaanderenstraat, die sich heute noch ihres Lebens freuen, erweist sich bald danach als eine ebenso glatte Erwiderung der alldemokratischen Presse wie die schreckliche Geschichte von dem wackeren deutschen Schächtermeister vom Boulevard Anspach in Brüssel.

Der wird am gleichen Abend auf dem dortigen Hauptbahnhof „von einer entmenschten Menge lebendig in Stücke gerissen“, und wie ich im Sommer 1916 als Feldgraner in seinen Brüßler Tagen freile und er mit höchstselbst für teures Geld ein halbes Pfund Schwartensmaget abwägt, da verliert er sich fast zu meinen Gunsten im Gewicht, als ich ihm den Zeitungsausschnitt unter die Nase halte, in dem es so ergreifend zu lesen steht, unter welchen entsetzlichen Qualen er bereits zwei Jahre zuvor seinen Geist aufgab.

Der Nordbericht des General-Gouverneurs

Die Genter Polizei greift schon durch und legt 30 Ränderer, die sie erwischt, unbarmerzig hinter Schloß und Riegel. Und dabei zeigt es sich, daß die Festgenommenen durchweg alte Bekannte von ihr und der Gendarmerie sind.

Die Genter Presse aller Richtungen verzerrt die Ereignisse vom Nordende auf das schärfste, weil sie die Ehre Belgiens beschützen, und der sozialdemokratische „Vorwärts“ appelliert bei dieser Gelegenheit nochmals an die ruhige Besonnenheit der Gentenaar.

„Keine Gewalttätigkeiten!“ schreit er seine Mahnung. „Sie haben sich gegen uns!“

Der stellvertretende deutsche Konsul gibt öffentlich bekannt, daß er als Zeichen seines Protestes gegen die Verletzung der belgischen Neutralität durch die kaiserlichen Truppen sein Amt niederlegt.

Stahlhelm überfällt Reichsbanner

Spandan, 21. September.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelmangehörigen. Die Reichsbannerleute hatten in einer Gastwirtschaft am Bahnhof ihre Stützpunktfeier gefeiert. Zur selben Zeit hielten die Stahlhelmlaute in einem anderen Lokal eine Sitzung ab. Auf dem Heimwege trafen die beiden Parteien zusammen und es kam infolge der Provokationen der Stahlhelmer zu einem Zusammenstoß. Die Stützpunktfeier trat zum Teil die Gasse hin, so daß der Verkehr zeitweilig unterbrochen wurde. Auf beiden Seiten wurden etwa 30 Personen verletzt. Die Stahlhelmer verbarrikadierten sich in der Bahnhofswirtschaft, löschten das Licht aus, um ihre Schleichereien zu verdecken. Es kam zu einem erneuten Zusammenstoß, bei dem das ganze Bahnhofsviertel demoliert wurde. Die Licht- und Telefonleitungen wurden zerstört. Das Ueberraschungsmoment war bis 8 Uhr tätig und nahm eine Reihe von Feststellungen vor. Erheblich verletzt wurde u. a. der Stahlhelmführer Dr. Pesse.

Und mit diesen notorischen Wegelagerern, die planmäßig Arbeiter überfallen, hat das Reichsbanner in Waldenburg und Ober-Schlesien zusammen vor Hindenburg Spaller schiblet.

Bisher 120 Tote in Madrid

11. London, 25. September.

Nach den letzten Meldungen aus Madrid wird die Zahl der bei dem Theaterbrande und Leben gekommenen Personen nunmehr bei 120 angegeben. Man befürchtet aber, daß sich noch weitere Hunderte Tote unter den Trümmern befinden. Die Zahl der Verletzten wird übereinstimmend mit 350 bis 370 angegeben. Unter den Trümmern sind wie durch ein Wunder einige Kinder lebend aufgefunden worden. Es hätte ein zwei Jahre altes Kind nur einige leichte Schnittwunden davongetragen. Die Rettungsarbeiten sind während des ganzen Tages flieberhaft fortgesetzt worden.

Ueber den Verlauf der Katastrophe werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die infolge Kurzschlusses entstandene Flamme sprang auf den Theaterraum über. Das Feuer griff dann vom Parterre auf die Ränge über. Die Treppen zu den Rängen brachen zusammen, so daß die Zuschauer dieser Ränge in das Parterre unter die verzwirbelt um ihr Leben kämpfenden Menschen stürzten. In weniger als fünf Minuten bildete das ganze Theater ein einziges Flammenmeer. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle, vermehrte aber nichts auszurichten, da der Haupteingang zusammenstürzte.

Mittkämpfer der Panzerkreuzerjubilanten

Die SPD.-Presse in Schlesien und Oberschlesien versucht sich in einer „Gegenoffensive“. Das heißt, sie bemüht sich aus Leibesträften, den vielen Uebertritten von sozialdemokratischen Arbeitern in den letzten Wochen zu begegnen, indem sie die Uebertritte einiger, an der Revolution irrgewordener ehemaliger Kommunisten in die SPD. ungeheuer aufbläht. Das hat sie insbesondere im Fall des Uebertritts des ehemaligen kommunistischen Stadtverordneten Ubricht in Leipzig getan, der vor wenigen Tagen in die Partei der Panzerkreuzerjubilanten eintrat. Die folgende Erklärung, die unsere Genossen im Stadtparlament in Leipzig zu dieser Sache abgaben, zeigt, daß die SPD.-Führer mit diesem neuen „Mittkämpfer“ absolut keinen Staat machen können. Die Erklärung lautet:

„Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erklärt zu dem Austritt des Stadtverordneten Ubricht aus der SPD. folgendes: Der Stadtverordnete Ubricht hat bisher in keiner Weise zum Ausdruck gebracht, daß er mit der Politik der SPD. nicht mehr einverstanden sei. Er hat bis in die letzte Zeit an den Sitzungen der Fraktion teilgenommen, ohne der Haltung der Stadtverordnetenfraktion etwas anderes entgegenzusetzen. Sein Austritt aus der SPD. und sein Uebertritt zur SPD. ist lediglich diktiert von persönlichen wirtschaftlichen Interessen. Nach seinen eigenen persönlichen Aussagen geht er deshalb aus der SPD., weil er als bekannter kommunistischer Funktionär nirgends mehr eine Beschäftigung in den Betrieben bekommt. Er glaubt durch seinen Uebertritt zur SPD. eher wieder in den Produktionsprozess zu kommen.“

Durch diese seine Stellungnahme beweist Ubricht, daß er mit den Auffassungen eines Klassenkämpfers nichts mehr gemein hat. Es war noch immer der Stolz eines jeden aufrichtigen Arbeiters, durch sein Ausreten in der Öffentlichkeit oder im Betrieb die Feindschaft des Unternehmers zugehen zu haben. Um so mehr wird es das Schicksal eines aufrichtigen Kommunisten sein, vom Unternehmertum wirtschaftlich terrorisiert zu werden. Wenn Ubricht heute aus den Reihen des revolutionären Proletariats ausscheidet unter Belbehaltung des ihm von der SPD. Übertragenen Mandats, so bringt er damit gleichzeitig zum Ausdruck, daß er den Kampf gegen Unternehmerrückwärts und Klassenherrschaft nicht mehr will und sich in die Reihen des Reformismus und der Verräter am Proletariat sticht, und damit glaubt, seine wirtschaftlichen Interessen und seinen eigenen Vorteil eher fördern zu können.

Die SPD. überläßt ein solches Verhalten dem Urteil der Arbeiterklasse und fordert das belagerte Proletariat auf, ungeachtet der Flucht solcher Elemente mehr als je sich um die SPD. zusammenzuschließen gegen Koalition und Reformismus, für den Klassenkampf, für die wirtschaftliche und politische Befreiung des Proletariats.“

Stinnes-Komplizen in der Regierung

Regierungsrat Steiger, ein Dufrenoy des Zentrumministers Nöldeke in den Skandal verwickelt!

Die Kriegsanleihe-Betrugsaffäre um Stinnes bringt täglich neue Sensationen, obwohl Stinnes sich wieder auf freiem Fuß im Hotel Splendid befindet. Der Regierungsrat Steiger im Ministerium für die besetzten Gebiete — Dufrenoy des früheren Reichsfinanzminister Nöldeke — ist vorläufig seines Amtes enthoben worden, weil ihm die Verbindung mit den Kriegsanleihe-Betrügern nachgewiesen werden konnte. Beim Gehändnis des Wiener Großbetrügers Bela Groß kam zutage, daß ein Berliner Kaufmann Hausmann den Verbindungsmann zu dem Regierungsrat Steiger darstellte. Gegen Steiger ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden.

Auf den Rat des Regierungsrates Steiger reiste Hausmann mit einem Vorkaufmann nach Paris, um dort die juristischen Voraussetzungen für die umfangreichen Schenkungen zu schaffen. Steiger soll 50 000 Mark als Entgelt für seine „Kaufleute“ erhalten haben; er befreit aber dies und erklärt, die 50 000 Mark habe der Vorkaufmann erhalten. Es wird untersucht, ob der Regierungsrat Steiger auch mit anderen hochgestellten Beamten des Finanzministeriums über diese Dinge gesprochen hat.

Inzwischen gehen die Entlassungen der Großbetrüger durch den Landgerichtsrat Dr. Wölffl weiter lustig fort. Der Berliner Handlungsleiter des Millionenbetrügers Stinnes, der Direktor Leo Gluck vom Deutsch-Österreichischen Verkehrsbüro, ist gestern Mittag in Madrid aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Ob Herr Stinnes für ihn ein paar Tausend Mark Kaution hinterlegt hat, oder ob er überhaupt kautionlos auf freiem Fuß gesetzt wurde, wird nicht mitgeteilt.

Zusammenstoß zwischen Autobus und Straßenbahn bei Bochum. 11. Bochum, 24. September. Ein Privatombudsmann des Firma Glaser in Wattenstein, der für Sonntag von einer Gesellschaft gemietet worden war, stieß gegen 22 Uhr auf der Gattinger Straße gegen einen Straßenbahnanwagen. Der Omnibus schlug um. Dabei wurden zwölf Personen teils schwer, teils leicht verletzt.

An unsere Leser und Kolporteurs!

Die 39. Woche muß kassiert und abgerechnet werden. Unsere Leser bitten wir, den Ausrägern beim Kassieren keine Schwierigkeiten zu machen, damit sie bis Ende der Woche mit dem Verlag abrechnen können. Auch die Abrechnungsschemata für September müssen bis Montag, den 1. Oktober in unserem Besitz sein. Der Verlag.

Die meisten Reichsdeutschen verlassen nunmehr in aller Hast das ihnen so lieb und über Nacht für sie plötzlich so ungemütlich gewordene Gent, um über das nahe Holland schleunigst in das deutsche Vaterland zurückzukehren, das jetzt, gemäß Wilhelmss Versprechen, in einem immer rascheren Tempo „herrlichen Zeiten“ in den Rücken läuft.

Dem Herrn Schleich, der sein Ede Roonmarkt und Velstraat gelegenes Hotel „Concordia“ vor der Plünderung bewahrte, indem er auf die großen Glasheben des Restaurants mit weißen Nietenbuchstaben schrieb: „Ich bin ein Schweizer! Wieder mit Deutschland! Es lebe Belgien!“, legte die Genter Polizei nahe, schleunigst gleichfalls den Staus der Artveelstraße von seinen Füßen zu schütteln.

Das kleine Belgien, das nur ein paar, auf keinen modernen Feldzug vorbereitete Divisionen besitzt, steht sich verzweifelt zur Wehr. Die radikalen Sozialdemokraten stimmen ein in den Ruf: „Rettet das Vaterland!“

Jetzt erklingt plötzlich allerorts die Brandkanone, und nun flattern auf einmal überall die Fahnen in den Landesfarben aus den Fenstern. Erregte, von der Kriegs- und Jagdpsychologie ergriffene Menschenmassen flauen sich auf den Fußsteigen der Innenstadt und feuern das abrückende Militär an, das durch die inzwischen anbesohlene Vollmobilisierung aufgeboten ist.

Generalmajor Lanvers wird zum Kommandanten von Gent ernannt, und Baron de Kerhove de Gaerde zieht als Militärgouverneur der Provinz Flandern in den Palast am Laurentplein ein.

Die ganze Bürgerwehr, Infanterie-Kompanien und Artillerie-Batterien, ist alarmiert, und rasch wird zur Organisation der Kriegswohlfahrtsanstalten geschritten. Das Militärhospital am Ackergraslaan und die Bijstalle, das über 600 Jahre alte berühmte Bürgerkrankenhaus der Gentenaar, werden schnell zur Aufnahme von Verwundeten eingerichtet. Und das zur Weltausstellung von 1913 erbaute, einer Weltstadt würdige, sehr imposante Alandria-Palace-Hotel an der Einvieler-Statue und das am Kontour, dem vornehm und vormalig anmutenden Promenadenweg der Stadt, sich erhebende erstklassige Pöbel-Hotel, zwei im sonst so stillen Gent vorläufig noch völlig deplazierte Stadtelemente, die vor dem sicheren Bankrott stehen, stellen ihre eleganten, aber verödeten Räume für den gleichen Zweck zur Verfügung.

Am Abend des 8. August treffen bereits die ersten Züge mit Verwundeten ein, und im Café des Arcades an der Ecke vom Kontour und Bogelmarkt, das dem geschäftstüchtigen Herrn Elias gehört, der, obwohl er ein Belgier ist, noch zu der letzten, von den deutschen Patrioten in Gent veranstalteten Kaisergeburtstagsfeier in einem junkelhaften Frack erschien, gehen heimlich die Exemplare von

brei öffentlichen Bekanntmachungen, die die kaiserlichen Militärbefehlshaber in einem der von ihren Truppen bereits besetzten Orte vor Lüttich anschlagen ließen und die ein von dort schleunigst geschickter Stammgast mitgebracht hat, von Hand zu Hand. Sie lauten:

An das belgische Volk!

Zu meinem größten Bedauern sehen sich die deutschen Truppen gezwungen, die belgische Grenze zu überschreiten. Sie handeln unter dem Zwang einer unumgänglichen Notwendigkeit. Die Neutralität Belgiens ist schon durch französische Offiziere verletzt worden, die verkleidet im Auto durch belgisches Gebiet fahren, um in Deutschland einzubringen. (Eine der frechsten Lügen des deutschen Militarismus. Der Verf.)

Belgier!

Es ist mein sehnsüchtiger Wunsch, wenn es nur irgendwie möglich ist, einen Kampf zwischen zwei Völkern, die bisher Freunde und ehemals sogar Verbündete waren, zu verhüten. Erinnerst Euch der glorreichen Tage von Waterloo, wo die deutschen Waffen dazu beitrugen, die Unabhängigkeit und den Wohlstand Eures Vaterlandes zu begründen und zu befestigen.

Belgier!

Ihr habt die Wahl! Ich hoffe, daß die deutsche Maadarmee nicht gezwungen sein wird, gegen Euch zu kämpfen. Ein freier Weg zum Angriff ist alles, was wir verlangen.

Ich garantiere dem belgischen Volk in aller Form, daß es nicht unter den Greueln des Krieges zu leiden haben wird, daß wir die Lebensmittel, die wir vom Lande nehmen müssen, bar bezahlen werden, daß sich unsere Soldaten als die besten Freunde eines Volkes zeigen werden, für das wir die höchste Achtung und die größte Sympathie hegen.

Von Eurer eigenen Klugheit, von einem wohlverstandenen Patriotismus hängt es ab, Eurem Lande die Greuel des Krieges zu ersparen.

Der Oberbefehlshaber der Maadarmee:
von Emlich.

(Fortsetzung folgt.)

*) „Vorwärts“.

Berichte über die kaiserlichen Militär-Behörden: für den belgischen Teil Actus Bombrois, für „Gewerkschaften“ und „Belgien im Kampf“ und „Waldburg“ Alfred Womack, für „Belgien“, „Stras“ und die belgischen Belagerten Friedrich Jodel, (ausländ. in Belgien). Für den belgischen Teil Theodor Reiter, Leipzig. — Für Inzerate: Dr. Gebel-Breda

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Nachtrag zum Hindenburg-Kummel in Waldenburg

Ein Arbeiter schreibt uns: Die letzten Tage vor dem Eintreffen des Rettlers war ein geschäftiges Treiben, da wurde gemessen, Plätze abgesteckt, und sogar der Reglerungspräsident ließ es sich nicht nehmen, persönlich nachzugehen. Welches wichtigen Ereignis konnte ja der unerschütterliche Magistrat auch fehlen, an dem das dürfte nicht kommen. Man schleppte Berge von Teppichen nach dem Rathaus. Alles war auf den Beinen. Auf der Freiburger Straße waren drei Freilegeballen, die sogar mit einem Belm erschienen, ob aus Begeisterung oder als Anflage? Anstatt der festlich gekleideten Menschen hätten solche Krüppel den Weg unflätig müssen, damit der Feldmarschall Wilhelm davon erlärnt würde, was an der die „Waldener“ bekommen ist. Aber für diese wurden keine Plätze reserviert zum Spalierstehen. Auch in anderen Straßen waren solche Unglückliche, die den Menschenandrang benutzten, um einen Schnitzstuhl abzugeben. Vielleicht wollten auch sie dem Retter „danken“. Auf dem Wege waren Panzerautos aufgestellt, die dann hinter dem Rathaus aufgestellt wurden. Hatte er Angst, von den Republikanern im Freudentaumel erschredt zu werden? Denn außer der Unmenge Stvo war noch Feuerwehrtür-Polizeidienst herangezogen. Sollte das nicht genügen? Von auswärts waren verschiedene Schulen anwesend. Die Kinder mußten sich Standes in Reih' und Glied stellen, und so kam es, daß eine ganze Anzahl ohnmächtig wurde. In der Waldhaßstraße mußten Kinder am Tage zuvor Blumen bringen, um sie dem „Retter“ vor die Füße zu legen. Und siehe, fast alle befolgten den Befehl. Auch solche, die in ihren elenden Wohnungen das ganze Jahr keine Blumen sahen, Laufen Blumen! Hätten die Eltern nichts anderes zu kaufen gehabt für die Kinder als Blumen, die dann zertrümmert wurden? Jahrbahr, es wird Zeit, daß jener Teil der wertvollen Bevölkerung, der würdelos genug war, den Hindenburg-Kummel mitzumachen, zur Bestimmung kommt!

Oberes Revier

Die Proleten müssen ja bezahlen

Am Freitagabend konnten die Einwohner von Lehmitz a. S. ein schönes Schauspiel im Schulte-Schaustheater beobachten. Da hatten sich die alten, gut bewährten sozialdemokratischen Gemeindevorsteher mit den Bauherren des Gemeindehauses zusammengefunden. Obwohl die Finanzen der Gemeinde mangelhaft sind, feierte man hier wahre Orgien auf Kosten der Gemeinde. Wahrscheinlich will man mit Bier und Schnaps Propaganda machen für die kommenden Gemeindevorsteher? Der kommunistische Vertreter war zwar anwesend, aber selbstverständlich nicht zum Festessen und Saufen.

Freiburg

Wieder ein tödliches Autounfall

Auf der Straße Kunzendorf-Freiburg, in der Kurve vor der Eisenbahnüberführung, verunglückte am Montag ein Kraftwagen, wobei ein Hamburger Direktor sofort getötet wurde, während eine mitfahrende Frau mit dem Schrecken davonkam.

Die Freiburger Konjunktur einer Säuberung unterzogen

Zeit der Verschmelzung mit dem Neu-Salzbrunner Konsumverein will es im Freiburger Konsumverein gar nicht mehr so richtig klappen. Der Umsatz läßt nach und, was das hauptsächlichste war, die Klagen unter den Mitgliedern vermehren sich über die Qualität der in der Freiburger Bäckerei hergestellten Backwaren. Zuerst nahm man an, es wären nur die „Mängel“, die z. B. auch vorkommen, wenn Personen, die den Ausweis des Reichsbanners oder der SPD. erbracht, darauf sofort vom Konsumverein angestellt wurden. Es wurde auch der jetzt nach Salzbrunn abkommandierte Backmeister Altschle angestellt.

Diese „Mängel“, es waren meistens Kommunisten, wurden verschrien als „Hekt“ und „Zerstörer“ der Genossenschaft. Aber wie jedes Ding mal sein Ende findet, so scheint auch Blasphemie Stern zu sinken; er wird von Freiburg abgemeldet. Es war aber auch höchste Zeit, daß solche unbrauchbaren Personen, die ihre größte Sorgfalt auf den Deutschen Metallarbeiterverband konzentrierten und dabei selbstverständlich in ihrem Beruf nichts zu leisten vermögen, umgruppiert werden. Auch der damals von Blasphemie bestes em-föhene Bäder Sabliener hat sein Ende erreicht. Es war ja auch ein Skandal. Der Sabliener in den Gasthäusern beobachtete und sah, mit welchen „Plänschen“ dieser Umgang hatte, der mußte es ablehnen, irgend etwas aus der Bäckerei zu entnehmen. Hätten aber noch die Mitglieder in der Verwaltung gesehen und hätten solche Zustände kritisiert, denn waren es eben „Kommunisten“, und was die Kommunisten kritisieren, machen diese nur aus Uebermut! Der Verwaltung in Neu-Salzbrunn, die ja die örtlichen Verhältnisse nicht kennt und von den eigenen Freiburger Genossen hinter das Licht geführt wird, sei gesagt: Wenn die Genossenschaft am Ort gehoben werden soll, dann muß die Verwaltung mit allen Mitgliedern rechnen und nicht mit einer Parteirichtung, denn diese Parteirichtung, verlorpert durch ein paar ganz verdorrte egoistische Funktionäre, hat schon so manchen Unheil angerichtet. Es wäre noch so manches zu sagen, auch über die zweierlei Bedeutung der Mitglieder in den einzelnen Verteilungsstellen. Aber darüber das nächste Mal.

Freiburger Arbeitersportler, Augen auf!

In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, wo versucht wird, Mitglieder der Arbeitersportvereine ins bürgerliche Lager zu ziehen. Die gute Entwicklung der Arbeitersportbewegung scheint so manchem ein Dorn im Auge zu sein. Besonders rühmlich sind verschiedene Mitglieder des Sportvereins Eisleba E. S. Einige Methoden sollen hiermit besonders gekennzeichnet sein. Ein Gewerkschaftler, der ehemals eine führende Rolle in der Arbeiterbewegung spielte, versuchte sein Glück am Bierlich bei einem älteren Genossen. Zu unserer Freude ohne Erfolg. Ein Freiburger Geschäftsmann versuchte das gleiche, ebenfalls ohne Erfolg. Diese beiden Fälle zeigen klar und deutlich, daß die Arbeitersportvereine geschützt werden müssen. Ein aus Oberschlesien kommender Polizeiarbeiter versuchte, nachdem er der Arbeitersportbewegung den Rücken gekehrt hat, allerdings Tred auf unsere Genossen zu setzen, besonders auf den Verein für Raufspiele. Seine Arbeitskollegen würden gut tun, diesen Versuch mal etwas mehr unter die Lupe zu nehmen. Ein Maurerlehrling, der vor kurzem den VfR verlassen hat und zum zweitenmal im St. Eisleba gelandet ist, versucht durch allerlei Lodungen, Jugendliebe in den bürgerlichen Bereich zu ziehen und ausgeführt einen, dessen Vater langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Man ersieht daraus, daß man nicht zurückgeht, gleichviel, ob die Eltern Sozialisten oder Kommunisten sind. Arbeitersportler, gebt diesen Agitatoren die richtige Antwort, damit ihnen die Luft vergeht, ein zweites Mal an euch heranzutreten.

Schweidnitz

Begegnung Bluttände verurteilt

Das Große Schöffengericht verurteilte den Gutsangestellten Martin Laid, einen Mann von über 50 Jahren, wegen fortgesetzter Missethaten gegen seine eigene, nunmehr verheiratete Tochter und wegen Bluttände zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis und verweigerte seine sofortige Verhaftung.

Landeshut

Sieben Personen bei einer Autofahrt verunglückt

In der Nacht zum Montag hat sich in Gräßlau ein schreckliches Autounfall ereignet. Ein mit sieben jungen Leuten besetztes, aus Landeshut stammendes Auto, das von einer Kleinmotoristin zugetrieben wurde, fuhr auf einer scharfen Kurve mit solcher Wucht gegen einen Gehäusesaum, daß es über den Rand schlug. Ein Insasse wurde sofort getötet, der Führer lebensgefährlich verletzt. Vier junge Mädchen erlitten Arm- und Beinverletzungen. Das Auto ist vollständig zertrümmert. Die Verletzten konnten nur mit Mühe aus dem Wrack gezogen werden. Der schwerverletzte Chauffeur wurde in das Landeshautes Krankenhaus gebracht. Bei dem schweren Unfall soll es sich um eine Schwarzfahrt handeln.

Jauer

Im Bekken der Wohnungsnot

Bekanntlich hat auch die Arbeiterschaft von Jauer, wie überall immer noch schwer unter der Wohnungsnot zu leiden. Viele Jahre müssen die Wohnungssuchenden warten, ehe ihnen überhaupt eine Wohnung zugewiesen wird. Oft werden sie auf dem Wohnungsamt bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft „vertüßelt“. Jüng-

verheiratete können von Glück sagen, wenn sie in kurzer Zeit eine Wohnung zugewiesen bekommen, gewöhnlich müssen sie sich erst jahrelang in der Wohnung der Eltern, oft sogar getrennt voneinander, herumdrücken. Unter diesen Umständen ist es ein Skandal, wenn heute Wohnungen einzeln im Geschäftsbereich zu vergeben sind, wie dies im Hause des Uhrmachers Töpfer, Königsstraße, geschehen ist. Die Wohnung, eine Etage mit Alkoven, Korb und Vorküchen unter Zwangsverwaltung, wurde aber später dem Hauswirt auf Antrag rückgegeben. Jetzt hat sie dieses als Geschäftsraum an das Stadthaus „Horrell“ vermietet. Wir glauben, daß sich die nächste Stadtvordnenversammlung mit diesem unerhörten Fall beschäftigen wird. Aber schon heute fragen wir den Magistrat, ob ihm die Geschäftslosigkeit des Herrn Töpfers bekannt ist, und welche Schritte er zu unternehmen gedenkt, um derartige Skandalfälle in Zukunft zu verhindern?

Milch für die Steinarbeiter. Den Arbeitern der Steinbrüche in Grob-Mosen und Reichenau ist großes Mitleid widerfahren! Ein Menschenfreund hat sich gefunden, welcher Mitleid mit den klagenden Steinarbeitern hat und genannte Steinbrüche daher täglich mit Milch beliefert. Dieser Menschenfreund ist der Herr von Nichthofen, Grob-Mosen. Da die Steinarbeiter von Grob-Mosen den Herrn Baron aber schon von einer anderen Seite kennen gelernt haben, wollen sie nun nicht so recht an die eblen Absichten desselben glauben und schließen über Milchlieferung an andere Mühlen trüben. Und was glauben sie, daß sich Herr Nichthofen dabei nur von der Aussicht auf einen mäßiglichen Gewinn leiten ließ? Und in der Tat, der Preis für die Milch (eine Viertelsterlinge 10 Pf) ist auch derart, daß man den Steinarbeitern nicht so anrecht geben kann. Da der Milchpreis pro Liter 24 Pfennige beträgt, so bleibt dem geschäftstüchtigen Herrn Baron ein ansehnlicher Profit. Na ja, wenn man auch sonst nicht viel von dem Arbeiter hält, aber um an ihn zu verdienen, sind sie gerade noch gut genug! Den Arbeitern empfehle wir, wenn sie Milch trinken wollen, diese zu Hause zu trinken und die Milch des Grob-Mosener Edelmannes den dortigen Steinwohnern zuzulassen, da diese jetzt infolge der Wohnungsnot von aushalten beliefert werden müssen.

Niederschlesien

Sagan

Gibt die richtige Antwort!

In der Versammlung der „Industrievereinigung des Kreises Sagan“ wurde auch Stellung zu den Kommunalwahlen genommen und beschlossen, daß „das Interesse der Wirtschaft (sprich Kapitalisten) in den Körperschaften ihrer Bedeutung gemäß“ vertreten sein muß. Was dabei für die werktätige Bevölkerung, insbesondere für die kleinen Gewerbetreibenden, herauskommt, haben sie in den letzten Jahren zur Genüge am eigenen Leibe gespürt. Auch in der neuen Legislaturperiode der Kreis-, und Stadtverordnetenversammlung werden sie alle erdenklichen Steuern auf die untersten Volksschichten abwälzen. Wie erinnern nochmals an die Garnisonvermehrung, die nach neuester Schätzung außer den drei Millionen für Kasernenbauten noch jährlich 180 000 Mark aus städtischen Mitteln erfordert, die vollkommen umgedeckt sind. An dem Zustandekommen dieser Verrecktheit hat die Industrievereinigung auch das Ihre dazu beigetragen. Nur die Kommunisten führten einen energischen Kampf dagegen, in dem Bewußtsein, daß der Arbeiter und der kleine Krämer diese Wahnsinnspolitik am frühesten zu spüren bekommen. Deshalb weder der SPD. noch irgendeiner bürgerlichen Partei, ganz gleich unter welchem Deckmantel sie auftreten, die Stimme geben. Am 2. Dezember wählen die Saganer Werktätigen nur Kommunisten.

Liegnitz

Nachtrag zum Retter-Kummel

Wir erlauben uns die begehrende Anfrage, ob die bewilligten 5000 Mark gereicht haben? So ganz zwecklos scheint uns durch folgende Episode das Geld doch nicht verpulvert zu sein. Als Hindenburg die Altvetanen begrüßte und die Frage an sie richtete: „Wie geht es Euch?“, erhielt er laut und deutlich von einem als Antwort: „Schlecht!“ Dieses Wort muß dem Retter, den Ober- und Unterpräsidenten, den Bürgermeistern und allen Herren der höheren Gehaltsklassen noch lange in den Ohren klingen. Hätten der Retter und seine Ehren Gäste das Offen vorgelegt bekommen, daß der VAW. den Altvetanen stiftete, so wäre der Eindruck ein noch besserer gewesen. Auch hier paßt das Wort „schlecht“ sehr gut. Nicht nur den Altvetanen, allen Proleten geht es schlecht, doch ist es falsch, zu hoffen, daß von Hindenburg und seinen Kreisen, die um ihn herantanzeln, Hilfe kommt. Beteiligt euch am Volksbegehren und unterstützt uns im Kampfe für eine Sowjetrepublik, in der alle Leute nicht behaupten werden: Es geht uns schlecht!

Auch unseren Frauen ist der Weg gezeigt, daß Agitation nötig ist. Im „Königin-Luischen-Bund“ wurden Arbeiterfrauen gesehen. Niedlich sahen sie aus, diese tüchtigen Frauen und Jungfrauen zwischen 17 und 70 Jahren in ihren blauen Kleidchen (auch kniefrei) mit den weißen Kragen. Doch was haben Proletenfrauen dort zu suchen? Aufklärung tut not!

Daß es bei dem Verkehr zu Unfällen kam, war vorauszusehen. Am Restaurant Blücher ließ eine Frau in ein Motorrad. Gesichtverletzungen leichter Natur. Bei dem Falle wurde auch die Frau des Fahrers vom Sozius gerissen und ungefähr 20 Meter geschleift. In der Biegung Schloßstraße und Neuer Weg fuhr ein Motorrad mit Beiwagen auf den Bürgersteig und riß eine Frau mit einem Kinderwagen dabei um. Die Frau und auch das aus dem Wagen geschleuderte Kind wurden verletzt. Der Wagen wurde unbrauchbar.

Das Auto auf der Bahnschranke. Am 23. September, 20 Uhr, fuhr ein Auto durch die für die Durchfahrt des Personenzuges 1241 geschlossene Schranke an der Kreuzung der Hagnauer Straße in Liegnitz mit der Straße Liegnitz-Goldberg, und blieb auf dem Bahndamper stehen. Der Zug konnte nicht mehr angehalten werden und überfuhr das Auto. Die Insassen waren vorher abgesprungen.

Bunzlau

Beim Juchzen verunglückt. Drei Schüler, die auf dem Gelände der Mühlegrabenbrücke in der Gröblicher Straße saßen und sich den Durchzug der Reichswehr ansahen, wurden von dem Anhänger eines Privatautos, das gegen das Gelände schleuderte, schwer verletzt.

Glogau

Das bitt're Ende kommt nach

Der Freudentag der Glogauer Spieler, des Stahlhelms und der Reichsbannerfahrer ist nun vorbei. Das, was sich die Stadt Glogau geleistet hat, ist wirklich noch nicht dagewesen. Selbst der Chauffeur des „Retters“ erklärte, daß Glogau sämtliche anderen Städte, auch Breslau, übertrifft habe. Dafür wird auch die werktätige Bevölkerung Glogaus schwer zu büßen haben, denn der ganze Jint soll einschließlich der Renovierung des „Weißen Saales“ gegen 60 000 Mk.

gelöst haben. „Glänzend“ war auch der Aufmarsch des Reichsbanners. Ganze 80 Mann hatten Aufstellung genommen am Ebert-Denkmal. Bei der Vorbesicht mußte Hindenburg erst aufmerksam gemacht werden, daß dort ein Ebert-Denkmal sowie die Reichsbannerkameraden stehen. Parteisekretär Schulz ließ freudbegeistert die Hände, denn er hatte ja nachher die „Ehre“, als Mitglied des Stabes vorzubereiten, seinem Reichspräsidenten“ vorgestellt zu werden. Auch der Reichsbannerführer Semper genoss dasselbe Vergnügen. Hoffentlich schnappen sie jetzt ob dieser hohen Ehre nicht über. Wenn der sozialdemokratische Oberpräsident von Schlesien, Lubeman, in seinem Aufruf behauptet hat, daß Hindenburg sich in Schlesien von der Not der Bevölkerung überzeugen wollte, so wird es wohl seinen Proleten in Glogau geben, der daran glaubt. Im Gegenteil, die Not der Bevölkerung wird steigen, denn jetzt heißt es, die Ausgaben für den Empfangsapparat wieder einzubringen. Wie man das macht, soll nachstehender Fall zeigen. Der Arbeiter Johann Bonin wird vom Magistrat aufgefordert, seine rückständige Wohnungsmiete von 9 Mark innerhalb einer Woche zu zahlen, da sonst Klage gegen ihn angestrengt wird. Dazu ist zu bemerken, daß B. ein alter Arbeiter ist, der wegen seines Alters schwer Arbeit findet und dadurch öfters arbeitslos ist. Warum können die 9 Mark nicht verschmerzt werden? Aber man muß ja das Geld eintreiben, das man auf der anderen Seite zum Fenster herausgeworfen hat.

Aus dem Riesengebirge

Schnee im Riesengebirge. Der am Sonnabend begonnene Schneeefall hat mit leichten Unterbrechungen bis Montag vormittag angehalten. Auf dem Kamme beträgt die Schneehöhe bis zu 12 Zentimeter. Die Schneegrenze reicht bis zu 1200 Meter herab. Die Temperatur beträgt 3 Grad unter Null.

Vereinigte Theater	Lobe-Theater	Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 22. 9. bis Sonnabend, den 29. 9.	täglich 20 Uhr	täglich 20 Uhr
Neuinszenierung	Der lebende Leichnam	Der Prozeß Mary Dugan
von Leo Tolstoi		von Bayard Vaillet

Schauspielhaus Breslau	Stadt-Theater Breslau
Operettenbühne	(Opernhaus)
Telephon Nr. 30300	Dienstag, 18 Uhr
Täglich 20 Uhr:	Abonnements-Vorstellung Serie F 2
Prinzessin Ti-Ti-Pa	In vollständiger Neuinszenierung
Der lebende Leichnam	Der Rina der Ribalangen
	Erster Tag
	Die Wälfäre
	Mittwoch, 19 Uhr
	Abonnements-Vorstellung Serie G 2
	Festvorstellung anläßlich des Städtetages
	Garmen

Mittwoch 2 Vorstellungen

3 Uhr: Kinder

Halbe Probe auf all. Plätzen v. 2 Mk. anwärts

7,30 Uhr: Gala-Vorstellung

Nur noch ganz wenige Tage!

Noch keine Vorstellung ausverkauft!

SARRASANI

Hüttenkoks

Räumungshalber noch eilige

Waggon zum Sommerpreis.

Näheres

Schraml, Schillerstr. 20

Bezirkstakonferenz ADSB. Schlesien

Sonnabend und Sonntag tagte im Breslauer Gewerkschaftshaus die Bezirkstakonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Schlesiens. Am Eingang zum Gewerkschaftshause wehten die einerseits-andererseits-Flaggen, nämlich Schwarzrotgold und rot. Im Saal prangte unter grünen Bäumen die Büste Karl Legiens, des Freundes von Hugo Slinnes. Unsere Leser können sich über den Verlauf der Konferenz im nachstehenden informieren. Besonders hervorzuheben sei hier, daß von der ADSB-Bezirksleitung

anktondslos zugegeben wurde, daß sie zur Beteiligung am Hindenburg-Klamaut aufgefördert hätte.

Wenn Partei und Reichsbanner den Empfang ablehnten, so mußten eben die Gewerkschaften einspringen, damit der neue Oberpräsident Lüdemann die „erforderliche Unterstützung“ fände. Ein merkwürdiger Standpunkt! Diese „Arbeitervertreter“ sind wirklich schon weit gekommen. Mit offenem Munde sehen sie sich über Beschlüsse des Reichsbanners und ihrer eigenen Parteifunktionäre hinweg.

Die Konferenz selbst wurde 14,30 Uhr vom Kollegen Wierzig eröffnet. Als erster Redner bekommt Ruffert vom Ortsausschuß Breslau das Wort. Ihm folgt Oberpräsident Lüdemann, der den Delegierten freudestrahlend erzählt, daß er in den vergangenen Tagen, „die hohe Ehre hatte, unter Oberhaupt Hindenburg in Schlesien zu begrüßen“. Ihm folgen Bede von der Volksfürsorge Hamburg, Thiele als Vertreter des Konsumvereins, ein Vertreter des A.F. Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Für die Freidenker spricht Pietsch-Wreslau, für das Sportkartell Heinzelmann-Wreslau; weiterhin Vertreter der Europa-, der Kriegsveteranen, der Krankenkasse. Für die Sozialdemokratische Partei begrüßt Janotta die Konferenz. Die Begrüßungsansprachen gingen in der großen Unruhe fast ungehört unter.

Um der Konferenz von vornherein eine besondere Anti-Kommunisten-Stimmung zu geben, ließ höchstwahrscheinlich auf Veranlassung Wierzigs die Sozialdemokratische Partei die Sonnabendnummer der Breslauer „Volksmacht“ gratis verteilen. Diese Aufmachung war eine üble kommunistische Heiße. Die ganze erste Seite wurde verwendet, um die bösen Kommunisten so schrecklich wie nur irgend möglich hinzustellen. Die Delegierten hatten nämlich wenig Neigung, die fetten Schlagzeilen eingehend zu lesen. Nur Wierzig schmunzelte über seine Leistung.

Das Referat über

„Die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses von Hamburg“

hielt Kollege Schulze vom Bundesvorstand. Dieser führte aus, daß alle namhaften Zeitungen, wirtschaftliche wie sozialpolitische, ihre Vertreter zum Kongreß entsandt hatten, so daß diese kaum untergebracht werden konnten. Auch Behörden und Regierungsvertreter waren in großer Zahl anwesend. Ein Beweis dafür, daß die bürgerlichen Parteien die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften mit Interesse verfolgen (1). Schulze sprach sodann von Meinungsverschiedenheiten, die immer bestehen werden. In den letzten Jahren sei aber angeblich eine Heiße gegen die „verantwortungsbewußten Gewerkschaftsführer“ betrieben worden. Er verteidigte die Haltung Seiparts und die Ausweisung der kommunistischen Pressevertreter. 75 Anträge wurden dem Kongreß vorgelegt, von denen 42 durch den Vorstand „erledigt“ wurden. Eine große Anzahl dieser Anträge seien keine gewesen, die mit der Aufbauarbeit der Gewerkschaften zusammenhängen, sondern eine bewußt angelegte Aktion zur Zersplitterung der Gewerkschaften (1). Der Kongreß hat nicht einen einzigen Antrag zugelassen! Zum

Lohn- und Schlichtungsweisen

folgte er nichts Neues. Gegen Verbindlichkeitsklärung könne nicht gestreift werden, da sonst die Gewerkschaften Schadenerschuldlich gemacht werden (?). Ein Zusammenschließen der Kämpfe habe angeblich immer im Interesse der Unternehmer gelegen. Bei einem Streik von Hunderttausenden halten die Unternehmer länger aus als die Gewerkschaften (?). Er behandelte weiter die „Vorzüge“ des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Zur Frage der „Demokratisierung der Wirtschaft“ machte er großen Senf über Kapitalismus Referat.

„Kein Zweifel, dieser Weg führt zum Sozialismus“

meinte er, und im gleichen Atemzuge: „Der heutige Staat ist tatsächlich ein demokratischer Staat.“ Weiterhin wollte er den Delegierten einreden, daß Wirtschaftsdemokratie mit Arbeitsgemeinschaft nichts zu tun habe.

In der Diskussion

spricht als erster Kuhl-Wreslau (Polzabereiterverband). Er schimpft auf die Breslauer „Marxistische Arbeitsgemeinschaft“, das heißt auf seine eigenen Parteigenossen, die sogenannten „Linken“. Dann geht er auf die Vorgänge in der Breslauer SPD-Funktionärerversammlung ein, die eine Folge der Zusammenarbeit mit den Kommunisten sei. Es könne von den „alten erfahrenen Gewerkschaftsführern“ nicht verlangt werden, daß sie sich von „jüdischen Akademikern“ (!) (gemeint sind Edstein und die anderen Linken),

den Sozialismus beibringen lassen.

Die sogenannten Marxisten sollten lieber ihre Frauen in den Konsumverein einlaufen schicken. Das wäre praktischer Sozialismus (1).

Der Redner der Opposition, Krause-Freiburg, wird schon, bevor er zu reden beginnt, von den reformistischen Angestellten mit lärmenden Zwischenrufen empfangen. Er führt rhetorisch und sachlich eine Sprache, die alle jene Delegierten verstehen, die sie verstehen wollen. Er kritisiert die Haltung des Bundesvorstandes auf dem ADSB-Kongreß und die Ausweisung der kommunistischen Pressevertreter. Er setzt sodann auseinander, daß aus der Klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung von früher durch die Politik der Reformisten eine wirtschaftsfriedliche Bewegung geworden ist. Gegenüber der Tatsache, daß die bürgerliche Presse die Beschlüsse des ADSB-Kongresses begrüßte, erinnert Kollege Krause an das bekannte Bedel-Zitat:

„Wenn mich meine Feinde loben, habe ich bestimmt einen Fehler gemacht.“

Er behandelt noch die Frage der Kriegsführung, wobei er von den reformistischen Angestellten, denen er manche unangenehme Tat-

sachen entgegenhält, dauernd unterbrochen wird. Seine Ausführungen finden ihren Niederschlag in der unten abgedruckten Resolution. Selbstverständlich achtet der Konferenzleiter Wierzig streng darauf, daß Kollege Krause die zehn Minuten Redezeit nicht überschreitet.

Der Kollege Klassen-Waldenburg beginnt seine Rede mit der Feststellung, daß er seit 1919 Betriebsrat sei. (1920 ist erst das Betriebsrätegesetz zustande gekommen!) Er rühmt die großen „Vorzüge“ und erklärt freudestrahlend, daß er es in seinem Betriebe so weit gebracht habe, daß er mitentscheiden könne über die Höhe der Geldstrafen der Waldenburger Bergarbeiter! (Hat dieser sonderbare Kollege auch über die Höhe des Lohnes der Waldenburger Bergarbeiter mitbestimmt? Dann wäre es allerdings kein Wunder, daß diese so niedrig sind.)

Sporn-Wreslau (Buchdrucker) wendet sich gegen den Kohl, den der Polzabereiterangestellte Kohl über die „jungen Akademiker“ zusammengeredet hat.

Ein anderer Kollege, der sich als „verantwortungsbewußter Gewerkschaftsangehöriger“ vorstellt, spricht wie ein Lehrer aus einer Erziehungsanstalt in einem üblen schulmeisterlichen Tone. Während schimpft er auf die

„unreifen linken Sozialdemokraten“

die von Berlin (nicht von Wreslau?) geschickt seien, um den „alten bewährten Führern“ ihre marxistischen Ideen aufzuzwingen. Seine Ausführungen haben mit der Tagesordnung eigentlich nichts zu tun, sie werden aber von der Leitung zugelassen, weil dieser Gewerkschaftsangehörige scheinbar der Leiter der alten Herrenabteilung der SPD ist.

Nach einigen weiteren Diskussionenrednern war die Feststimmung soweit fortgeschritten, daß die Konferenz vertagt wurde.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Konferenz um 9,30 Uhr eröffnet und die Diskussion fortgesetzt. Timm-Wreslau (Metallarbeiter-Verband) glaubte, gegen die Ausführungen des Kollegen Krause polemisieren zu müssen. Seine Behauptungen über diesen Kollegen konnte er in Freiburg nicht aufrechterhalten.

Schulze-Berlin (Bundesvorstand) hält darauf das Schlußwort. In Krebsgangmanier nimmt er erst die andern Diskussionenredner vor und polemisiert zuletzt lange Zeit gegen den Oppositionsredner, den Kollegen Krause.

Wierzig spricht zum zweiten Tagesordnungspunkt:

Bericht des Bezirksauschusses

Er bringt nur Zahlen. 241 000 Mitglieder sind abgerechnet worden, 108 Ortsausschüsse sind dem Bezirksauschuß angeschlossen. Auf der Konferenz sind 102 mit 135 Delegierten vertreten.

Unter dem dritten Punkt Wahlen wird der bisherige Bezirksauschuß wiedergewählt. Nachstehend die

Resolution zum Bericht über den Bundestag des ADSB.

die von der Opposition eingebracht und — bei dieser Zusammen-

legung der Konferenz kein Wunder — abgelehnt wurde. Sie war von Delegierten aus Freiburg, Liebau, Bielefeld und Strahlen unterzeichnet:

„Die großen bürgerlichen Zeitungen konstatierten in ihrem Bericht über den Gewerkschaftskongreß mit Übereinkommen, daß der Bundestag eine erfreuliche Wandlung der freien Gewerkschaften zeige. Erfreulich im Interesse der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.“

Der Verlauf des Bundestages zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die maßgebenden Instanzen des ADSB. sich mit dem kapitalistischen System ausgesöhnt haben. Die Theorie von der Wirtschaftsdemokratie, wie sie vom Kollegen Kapphall unter Zustimmung der Mehrheit des Kongresses vertreten wurde, brückt die Versöhnung mit dem kapitalistischen System am besten aus. Wenn die „Vollständige Zeitung“ schreibt: „Der Sozial-Imperialismus und der liberale Sozialismus, sie treffen sich auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie“, so kennzeichnet die bürgerliche Zeitung treffend, auf welchem Wege und in welcher Gemeinschaft sich die Führer des ADSB. befinden.

Anstatt die brennende Frage der Streikstrategie, die Lehren der Wirtschaftskämpfe, die nächsten Aufgaben im Kampfe gegen die kapitalistische Herrschaft zu besprechen, besaßte sich der Kongreß in der Hauptsache mit den Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Unternehmern und den kapitalistischen Staatsorganen durch die sogenannte Wirtschaftsdemokratie.

Bedeutend für den Verlauf des Kongresses ist, daß der Vorschlag aus dem Saale gemiesenen Vertreterin der russischen Zentralorgan der Gewerkschaften von den Vertretern der Arbeitgeberzeitung eingenommen wurde. Ferner, daß der Wirtschaftsminister Curtius, ein ausgesprochener Vertreter der kapitalistischen Interessen — das beweist schon seine Zugehörigkeit zur Deutschen Volkspartei —, eine Rede halten konnte, wie sie von Unternehmern und bei Lohnverhandlungen gehalten werden. Die Zusammenarbeit mit den Organen der kapitalistischen Staatsmacht hat naturgemäß die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Opposition zur Folge. Die Vertreter der kommunistischen Presse wurden aus dem Saale gewiesen. Oppositionsmandate (Berliner Metallarbeiter) wurden laßiert, andererseits der reaktionäre Wirtschaftsminister Curtius und die Vertreter der bürgerlichen Presse begrüßt.

Eine solche Handlungsweise entspricht nicht dem Willen und den Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das Interesse der Arbeiterschaft erfordert vielmehr die Anwendung der Klassenkampfmethoden auf gewerkschaftlichem Gebiet durch Organisierung von Lohn- und Arbeitszeitkämpfen mit dem Ziel der Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen des Proletariats und der Abschaffung der kapitalistischen Lohnklaverie auf dem Wege einer revolutionären Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die Bezirkstakonferenz des ADSB. in Breslau mißbilligt deshalb das Verhalten des ADSB.-Bundesvorstandes und lehnt die Beschlüsse des Bundestages ab.

Wie steht der christliche Arbeiter zum Panzerkreuzerbeschlusse?

Christlich-soziale Stimmen zum Volkentscheid

Die offizielle zentrumliche und sozialdemokratische Presse aller Schattierungen bemüht sich täglich, den Arbeitermassen begreiflich zu machen, daß der Kampf der Kommunisten gegen die Panzerkreuzererrüstungen nur dem „kommunistischen Agitationsbedürfnis“ entspringe, die ganze Frage sei an sich nebensächlich. Denn erstens, so wird argumentiert, handelt es sich um die Ausführung eines vom Bürgerblock gefassten Beschlusses, zweitens ist es nur die erste Rate für den Panzerkreuzer A, und drittens ist dieser Panzerkreuzer militärisch wertlos, ein Spielzeug für Marineoffiziere. Der Volkentscheid gegen den Panzerkreuzerbau, der an sich schon aussichtslos sei, dürfe deshalb nicht von den Arbeitern unterstützt werden.

Gegen diese plumpe Demagogie zur Irrführung der Arbeiter und zur Unterstützung der imperialistischen Aufrüstungspolitik durch SPD. und Zentrum nimmt jetzt auch das Organ der christlich-sozialen Reichspartei, das „Neue Volk“, Stellung. In einem Artikel „Der tiefste Sinn des Volkentscheids“ setzt sich das Blatt mit den Beschwichtigungsvorwürfen der zentrumlichen Arbeiterpresse auseinander. Zu der Behauptung dieser Presse, daß der Panzerkreuzerbau nicht gegen die angebliche „Friedenspolitik“ der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition spreche, bemerkt das „Neue Volk“:

„Der Panzerkreuzer bedeuete keine Zustimmung zum Kriege, ja selbst man. Was bedeutet er denn? Zu was will man ihn? Zum Spazierenfahren oder zum Schießen im Kriege?“

Das Blatt kennzeichnet auch, gegen wen geschossen werden soll: „Kein Mensch glaubt, daß wir von Frankreich, England oder Mexiko oder Italien angegriffen werden. Kein Mensch glaubt, daß wir von Polen einmal angegriffen werden. Also, zu was Angst vor der Rüstung dieser Staaten?... Also, was soll es? Wir sollen am Gängelbände des internationalen Kapitalismus, besonders Englands und Amerikas, die große Front gegen Rußland mitmachen. Der Weltkapitalismus rüstet ganz bestimmt zu einem großen Kriege gegen den Sowjet, den Arbeiterstaat Rußland. Das ist der letzte und tiefste Sinn des Panzerkreuzers. — Haben aber deutsche Arbeiter, Bauern und Mittelständler ein Interesse daran, den einzigen antikapitalistischen Staat der Welt niederzuzwingen, um damit die Herrschaft des völkeranschauenden Kapitalismus zu verewigen? Auch christliche Arbeiter?“

Diese Frage wird entschieden verneint, und das Blatt knüpft an die Behauptungen der offiziellen Zentrumsresse, „daß Sowjetrußland bekämpft werden müsse als Träger der „gottlosen“ Weltanschauung“ und um die „westliche Kultur und Zivilisation zu schützen“, eine messerscharfe Kritik an dem Verhalten der „katholischen Internationale“ im Weltkrieg:

„Die Frage, daß in Rußland der Bolschewismus und Kommunismus atheistisch ist, hat hier auszusprechen. Oder hat es für die deutschen Katholiken und Zentrumsführer eine Rolle gespielt, als dort Dugene von katholischen Priestern schändlich gemordet wurden, als Löwme eingekerkert wurde, die Stätte hochkatholischer Wissenschaft? Oder macht es für die Zentrumsführer heute etwas aus, den toten Kampf gegen das katholische Polen zu führen? Es geht um die tiefe, sittliche Frage des Krieges, und wer zum Panzerkreuzer steht, mag sich winden, wie er will, zum Kriegsgedanken, Kriegsgeliebte. Das ist es.“

Es ist zu begrüßen, daß die Leute um Vitus Heller sich nicht scheuen, in diesem Punkte offen die Wahrheit zu sagen, obwohl sie in manchen Punkten die Kommunisten aufs schärfste bekämpfen und uns vorwerfen, daß wir Anhänger der Diktatur seien, sie dagegen die neue Gesellschaft durch die christliche Nächstenliebe umformen wollen. Daß letzteres eine Illusion ist, brauchen wir politisch geschulten Arbeitern nicht mehr zu sagen. Es kommt aber im Augenblick darauf an, alle Kräfte der Werttätigen, ohne Unterschied der Partei, zum Volkentscheid gegen die neuen Kriegsrüstungen zu sammeln, und darum sind die Ausführungen des „Neuen Volkes“ zu begrüßen als Willensausdruck für diesen gemeinsamen Kampf aller Werttätigen.

Die christlichen Arbeiter in Oberschlesien, die noch unter den Fahnen des offiziellen Zentrums marschieren, müssen sich darüber klar werden, daß sie mit der für alle Kriegsrüstungen und gegen alle Arbeiterforderungen auftretenden Zentrumspartei nichts mehr gemein haben können. Ihr Platz ist in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter, die bereit sind, den Kampf gegen die Panzerkreuzerrüstungen und die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionspolitik bis zur letzten Konsequenz zu führen.

313 Kommunisten auf der Anklagebank

TU. Tokio, 24. September. Am 18. November beginnt im Tokioer Großen Theater der Prozeß gegen 313 Kommunisten. Es ist dies der größte Prozeß der Welt in den letzten zehn Jahren. Die Kommunisten werden beschuldigt, einen Umsturzversuch in Japan vorgenommen zu haben. Die Kosten des Prozesses werden auf 1,5 Millionen Yen geschätzt. Der Prozeß wird etwa vier Monate dauern.

4. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe

Bezirk Niederschlesien

Im Zeichen des Kampfes gegen die Kriegsgefahr

Breslau, 25. September.

G. Im Bergkeller tagte am Sonntag die 4. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien. Sie wurde vom Bezirkssekretär der Roten Hilfe, dem Genossen Gläser, mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Auf Vorschlag des Bezirksvorstandes wurde dann das Präsidium, mit dem Genossen Faude-Sagan als Vorsitzenden, der bereits wegen politischer Vergehen 5 Jahre in den Kellern der deutschen Republik geschmachtet hatte, gewählt. Anschließend an die Wahl des Präsidiums erfolgte durch den Vorsitzenden die Wahl der Mandatsprüfungskommission und einer Redaktionskommission. Genosse Pleschke-Wörlich überbrachte die Grüße des inhaftierten Genossen Dengler. Genosse Dombrowski begrüßte die Konferenz im Auftrag der W. der Kommunistischen Partei. Dann wurde in die Tagesordnung eingegangen, und der Genosse Altmann als Vertreter des Zentralvorstandes erhielt das Wort zu seinem Referat, zu dem er folgendes vorlas:

Es wird immer offensichtlicher, daß die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedensten kapitalistischen Länder zu einer neuen Lösung des Problems des Absatzmarktes drängt. Alle Versuche, durch bessere Organisation der kapitalistischen Wirtschaft einer Krise auszuweichen, müßten, da durch die Rationalisierung der Betriebe die Produktion ins Ungeheure gesteigert wurde, erfolglos bleiben. Im Gegenteil, erst durch diese Rationalisierungsmaßnahmen wurde eine Situation geschaffen, in der es den Kapitalisten unmöglich wird, mit friedlichen Mitteln neue Absatzmärkte zu gewinnen. Aus diesem Grunde tritt die Frage eines neuen imperialistischen Krieges immer schärfer in den Vordergrund der Politik der kapitalistischen Staaten. Von allen Ländern, einschließlich Deutschlands, wurden in den letzten Jahren ungeheure Rüstungen betrieben.

Die Kapitalisten versuchen auch heute noch, durch neue Verkrüftung und Monopolisierung der Wirtschaft die Marktverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Die damit verbundene Steigerung der Produktion muß aber über kurz oder lang die bereits bestehenden Krisenerscheinungen bedeutend verschärfen.

Genosse Altmann belegte dann mit Tatsachenmaterial die Steigerung der Produktion in den verschiedensten kapitalistischen Ländern. Die mit der Steigerung der Produktion durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben führten zu einer außerordentlichen Arbeitsreduzierung, Herabdrückung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Daraus entwickelten sich die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft.

Es ist bisher viel zu wenig beachtet worden, daß in diesen Kämpfen die Klassenjustiz eine große Rolle spielt, indem sie durch Gerichtsurteile Streiks verbietet oder freitende Arbeiter oder Arbeiterinnen mit hohen Geldstrafen bedroht.

Auch der Kampf der Arbeiter gegen die Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie soll durch den neuen Strafgesetzbuch vor allen Dingen auf das schärfste unterdrückt werden. Im Strafgesetzbuch, der mit Hilfe der Sozialdemokratie in den neuen Reichstag hinübergerettet wurde, sind gerade die Paragraphen, die gegen das Krieg belämpfende Proletariat angewendet werden, außerordentlich verschärft worden. Es wird dadurch der Bourgeoisie möglich, jede ernsthafte Abwehrbewegung der Arbeiter mit hohen Justizstrafen und Gefängnisstrafen zu bedrohen. Aus diesem Grunde ruft die „Rote Hilfe“ die Arbeiter zum Kampf gegen den neuen Strafgesetzbuch sowie gegen Kriegsrüstungen auf und unterstützt mit allen Kräften das eingeleitete Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern und jedwede Kriegsrüstungen.

Die Mitglieder der Roten Hilfe müssen mehr als bisher den politischen Aufgaben unserer Organisation, die durch die Entlassung von circa 30 Gefangenen nicht geringer geworden sind, größere Aufmerksamkeit schenken.

Genosse Altmann geht dann noch auf die praktische Arbeit der Roten Hilfe ein und erwähnt insbesondere die Umkleie, und fordert die Genossen auf, mit doppeltem Eifer für die reiblose Befreiung der

noch inhaftierten Genossen zu kämpfen. Jeder Genosse muß fühlen, daß ohne einen erfolgreichen Kampf gegen die Klassenjustiz ein erfolgreicher Kampf gegen den Krieg unmöglich ist.

In der Diskussion sprachen die Genossen Pleschke-Wörlich, Faude-Sagan, Gläser-Breslau, Hartmann-Peiserwitz und Bretschneider-Breslau, die die Ausführungen des Genossen Altmann unterstützten. Genosse Mavrotz-Breslau hatte Bedenken, daß durch den Volksentscheid Illusionen wachgerufen werden.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit gab Genosse Gläser als Vorsitzender des Bezirks den Bericht über die Tätigkeit der Organisation anschließend an die Diskussion.

Er führt u. a. aus: Mit dem Wachstum der Bestrebungen der Arbeiter, gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und die ständigen Kriegsrüstungen einen erfolgreichen Kampf zu führen, vermehrten sich die brutalen Maßnahmen der Polizei und der Justiz, um die Bewegung der Arbeiter zu unterdrücken. So wurden im vergangenen Jahre an Strafen gefällt:

Gegen 48 Personen 3 Jahre 133 Monate und 6 Wochen Gefängnis und 4635 Mark Geldstrafe.

Die parteiische Zusammensetzung der Verurteilten ist folgende: 2 Kommunistische Jugend, 27 Rote Frontkämpfer, 3 Kommunisten, 9 Parteiloje, 2 Reichsbannerleute.

In den meisten Fällen wurde von der Roten Hilfe Rechts-

Kommunisten! Rote Frontkämpfer!

Am Sonntag, dem 30. September, heraus zum

Roten Landsonntag

Massenagitation in kleineren Trupps in den Dörfern für die Einzeichnung beim

Volksbegehren

Sagt

den Landarbeitern, daß man, anstatt ihnen menschenwürdige Wohnungen zu bauen, das Geld hinauswirft für kostspielige Panzerkreuzerbauten.

Sagt

den Kleinbauern, daß man ihnen die Steuererhöhen abnimmt; sogar ihre Habseligkeiten bei Nichtbezahlung der Steuern pfänden läßt, um Hunderte von Millionen für die Aufrüstung zu verwenden.

Klärt

alle Werktätigen auf dem flachen Lande auf, daß die Kriegsgefahr wächst, daß die kapitalistische Clique überall neues Kanonensutter und neue Kampfmaschinen braucht in ihrem Profitinteresse.

Werbt — agitiert — sammelt!

Heran an das Landproletariat!

Bezirksleitung der R.H.D. / Durchführung des R.F.B.

schon gewährt. In einer Reihe öffentlicher Versammlungen wurden große Erfolge für die Organisation erzielt. Allein in der Versammlungskampagne, in der die Genossin Traute Dole sprach, wurden 120 Mark Ueberschuß erzielt, für 174,65 Mark Literatur verkauft und

450 Neuaufnahmen

gemacht. Auch die Winterhilfskampagne konnte gegenüber dem Vorjahr noch um circa 30 Prozent verbessert werden. Vor allem gelang es, daß erstmalig eine Reihe von proletarischen Organisationen und Gemeinden zu Spenden zu bewegen.

Die Entwicklung der Organisation ist weiter vorwärts gegangen. Der Bezirk zählt jetzt 60 Ortsgruppen mit 6537 Einzelmitgliedern, 8883 Anhänger von Kollektivmitgliedern. 8405 Mitglieder gehören keiner politischen Partei an, wodurch die Reihen der von der kommunistischen Roten Hilfe am besten unterstützt werden.

Der Bezirk Schlesien sandte im vergangenen Jahre vier Kinder aus Familien der Rappultkämpfer und der Hirschberger Verurteilten auf 10 Wochen in das Rote-Hilfe-Kinderheim Parkenhof, wo sich die Kinder ausgezeichnet erhielten. An Unterstufungen wurden im vergangenen Jahre ausgezahlt an: 28 Gefangene, 127 Frauen, 190 Kinder und 21 Notstände. Die Unterstufung beträgt jetzt pro Gefangener 15 Mark, Kind 15 Mark und für die Frau 25 Mark im Monat.

Vom Genossen Gläser wurde noch betont, daß die Einnahmen nicht immer so reichlich eingingen, wie es notwendig ist, und daß deshalb noch größere Anstrengungen gemacht werden müssen. Der Bezirksvorstand legte der Bezirkskonferenz eine Entschließung zu den nächsten Aufgaben vor. Von der Redaktionskommission wurden dann Entschließungen vorgelegt an die politischen Gefangenen, eine gegen den weißen Terror und die Klassenjustiz und eine für das Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern und gegen jede Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie. (Die Veröffentlichung der Resolutionen erfolgt später.)

Die Diskussion über den Bericht des Bezirksvorstandes war außerordentlich lebhaft. Es beteiligten sich daran circa 15 Delegierte aus dem Bezirk, die es lebhaft bedauerten, daß die Zeit so kurz sei, um noch besser auf alle Fragen, die im Referat des Genossen Altmann und im Bericht aufgeworfen wurden, eingehen zu können. Alle Diskussionsthemen waren von dem Gedanken befeelt, daß es gilt, die noch vorhandenen Mängel und Schwächen der Organisation schnellstens zu beheben, damit diese noch leistungsfähiger und schlagkräftiger wird.

Nach einem kurzen und kräftigen Schlußwort des Genossen Gläser und des Genossen Altmann, die an die Delegierten appellierten, alles zu tun, damit bei der nächsten Konferenz über noch größere Erfolge berichtet werden könne, wurden noch Anträge erledigt und der Bezirksvorstand gegen 4 Stimmen von 50 Delegierten neu gewählt.

Der Genosse Faude schloß dann mit einigen ermahnenden Worten die Konferenz. Der Genosse Gläser brachte dann ein Hoch auf die Rote Hilfe und den Kampf gegen die Klassenjustiz aus, worauf die Delegierten begeistert einstimmten und dann die Internationale sangen.

Der Hauptvorstand der Freidenker für Panzerkreuzer

Der Hauptvorstand des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung sieht es als seine höchste Ehre an, neben den reformistischen ADGB-Führern und dem Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in bezug auf Kommunistenhebe und Spaltung der Arbeiterbewegung im Interesse der Bourgeoisie an der Spitze zu marschieren. Jetzt hat er ein Rundschreiben an alle Bezirke und Ortsgruppen erlassen, in dem er mitteilt, daß der Hauptvorstand in einer Sitzung zur Frage des Volksentscheides Stellung genommen habe und die Bewegung für den Volksentscheid ablehne. Dieser Beschlus sei „für alle Bezirke und Ortsgruppen bindend“, d. h. Ortsgruppen, die dagegen verstoßen, sollen ausgeschlossen werden.

Diese freche Provokation des Hauptvorstandes der Freidenker, der nur auf Grund von raffinierten Schiebungen sich eine Mehrheit auf der letzten Generalversammlung in Frankfurt am Main verschaffte und dadurch auf seinen Posten gelangte, wird von dem größten Teile der Freidenker-Ortsgruppen, die in ihrer Mehrheit unzweideutig zur Opposition stehen, damit beantwortet werden, daß sie sich in noch größerer Anzahl wie bisher gegen Panzerkreuzerbau und für den Volksentscheid bekennen und gemeinsam mit ihren übrigen Klassen Genossen eine einheitliche Kampffront bilden.

Schweres Autounglück. — Zwölf Verletzte. U. Solingen, 24. September. In der Nacht zum Montag schlug ein von Kronenberg kommender mit Sportskuten besetzter Kraftwagen infolge Versagens der Bremse in der abschüssigen Kurve um. Zwölf Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bei einigen Verletzten besteht Lebensgefahr.



SINDBAD DER SALEM-RAUCHER erzählt weiter!

Die schwarzen Menschenfresser schleppten uns vor ihren Häuptling, der uns sogleich Nahrung reichen ließ, auf die sich meine Gefährten gierig stürzten. Aber der Genuß dieser Speisen raubte ihnen den Verstand. Sie wurden zu fetten Tieren und hopsten auf allen Vieren herum, bis sie geschlachtet und gebraten wurden. Allah sei Dank, daß ich von diesen Zauberfrüchten nicht gegessen hatte; denn während meine Gefährten sich stumpsinnig mästen ließen, sann ich unentwegt auf Rettung.

Liebe Freunde, das nächste Mal will ich berichten, wie Allah mich aus dieser Gefahr befreite, aber laßt uns jetzt die Vertreterin aller Sorgen genießen, die süß duftende Freundin des stillen Genießers, die wunderbare

(Fortsetzung folgt.)

CIGARETTE
SALEM
AUSLESE



5 Pf.

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich.

In einer Stunde 10.—Mark für das Volksbegehren

gesammelt hat der Genosse Erich Ludwig von der Ursulinstraße. Dieser gute Erfolg binnen einer solchen kurzen Zeit beweist, daß die Arbeiterschaft der Forderung der Kommunisten auf ein Volksbegehren gegen den Panzerkruzerbau volles Verständnis entgegenbringt.

Mutter und Sohn müssen in einem Bett schlafen

Den „Hohen“ Gütern, die nach Breslau anlässlich des Städtetages kommen werden, sei angelegentlich das Studium des Breslauer Wohnungsstands empfohlen. Wir sind gern bereit, einige der „höchsten“ Wohnungen Breslavs diesen Herren vorzuführen. Mit einer der trefflichsten Villen soll nächstehend geschilbert werden. In dem Hause Adolfsstraße 16 bewohnt eine Frau A. mit ihrem sechszehnjährigen Sohne eine eigentümliche Stube, die vier Meter lang und drei Meter breit ist. Die Frau muß tagsüber die Stube als Arbeitsraum benutzen. Sie kann daher und auch infolge des geringen Raumes nur ein Bett ausstellen, und ist dadurch gezwungen, mit dem Sohne in diesem einen Bett zu schlafen. Das Wohnungsamt, an das sich die Frau schon des öfters wendet, hat bisher noch nichts getan, um diesem Zustand, der vom gesundheitlichen und auch sittlichen Standpunkt aus vollkommen unhaltbar ist, ein Ende zu bereiten. Ja, das Wohnungsamt lehnt es sogar ab, eine andere Wohnung zu vermitteln und verweist die Frau auf den Tauschweg. Wer wird aber in eine solche kleine Wohnung ziehen. Was sagen aber die Sittlichkeitskapitel, deren es ja in Breslau noch sehr viele gibt, zu dieser Lausche. Sie, die es schon für anständig finden, wenn bei einem Mädchen der Halsauschnitt des Kleides zu weit oder der Rock zu kurz ist, welche Entschuldigung werden sie dafür finden? Gewöhnlich entziehen sich diese Leute, wenn es schon zu spät ist, vorher unternehmen sie aber nichts, denn sonst müßten sie ja das kapitalistische System angreifen. Wir verlangen vom Wohnungsamt, daß der Frau endlich eine menschenwürdige Wohnung zugewiesen wird.

Bangjames Steigen der Erwerbslosigkeit in Breslau

In der Woche vom 6. bis 12. September war zwar in der Provinz Niederschlesien ein geringfügiges Nachlassen der Erwerbslosigkeit zu verzeichnen, jedoch machte Breslau davon eine Ausnahme. In der Provinz Niederschlesien fiel die Zahl der Arbeitssuchenden von 58 197 auf 58 066, während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 33 898 auf 33 971 anstieg. Offene Stellen waren 3338 gegen 3387 der Vormache gemeldet. Im Vorjahr wurden zur gleichen Zeit 40 885 Arbeitssuchende und 26 224 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitssuchenden von 31 903 auf 32 118, die der Hauptunterstützungsempfänger von 15 861 auf 16 307. Die Zahl der offenen Stellen stieg von 711 auf 796.

Selbstmordversuch einer Siebzehnjährigen

Weil sie einige Tage erst spät nach Hause gekommen und dafür vom Vater hart angefahren und geschimpft worden war, beging die siebzehnjährige Tochter eines auf der Neuen Sandstraße wohnenden Tischlers einen Selbstmordversuch. Nach der Züchtigung durch den Vater suchte sie ihr Zimmer auf und sprang aus dem Fenster. Die dazulommenden älteren Schwestern wollten die Lebensmüde noch zurückhalten, kamen aber zu spät. Bei dem Fall in die Tiefe schlug das Mädchen zunächst auf das Dach eines Holzschuppens und stürzte dann weiter in den Hof. Neben einem schweren Schädelbruch trug es noch einen Armbruch sowie Verletzungen im Gesicht davon. Augenblicklich liegt das Mädchen in bedenklichem Zustand in einem Krankenhaus.

10,80 Mark für einen Rieds

Zu dem unter obiger Ueberschrift in Nummer 210. gedruckten Artikel schreibt uns Herr Gewerbeoberlehrer Barthel: Der Schüler P. R. beschmigte seinen Schreibplatz absichtlich mit Tinte, wofür ich ihn zur Bestrafung meldete. Für einen Rieds im

Hest wird kein Schüler bestraft. Dem Arrest entzog er sich, daher die polizeiliche Bestrafung. Die Neugierigen über die erhaltene Bestrafung, die ich getan haben soll, ich höfentlich unversehrt.

Selbst, wenn die Angaben des Herrn Gewerbeoberlehrers stimmen sollten, ist die Tatsache, daß der Schüler mit einer verhältnißmäßig hohen Geldstrafe belegt wird, schon Anlaß genug, um dies zu beanstanden. Wer soll diese 10,80 Mark bezahlen, der Schüler, der nur ein ganz geringes Wochenlohn hat, oder der Vater, der ebenfalls nicht viel verdient? Wir glauben, daß es auch noch andere Wege gibt, einen Schüler zur Ordnung zu erziehen.

Spernung der Eisenbahnbrücke in Brodau. Die von der zuständigen Stelle der hiesigen Reichsbahndirektion am 17. d. M. wegen Ausführung von Reparaturen vorgesehene Sperrung der Eisenbahnbrücke über die Gleisanlagen am Bahnhof Brodau ist von dieser Stelle für die städtische Kraftomnibuslinie „Offener Straße—Brodau (Weststraße)“ auf Montag, den 24. d. M. neuerdings festgesetzt worden. Die genannte Kraftomnibuslinie verkehrt aus diesem Grunde erst vom 24. d. M. ab nur noch bis zur stillen Stunde der Brodauer Eisenbahnbrücke. Die vorgesehene Sperrung wird voraussichtlich wegen des späteren Beginns der Arbeiten um eine Woche, also bis etwa zum 14. Oktober, verlängert werden müssen.

Hilfeleistungen durch die Feuerwehr. Am 22. September wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach dem Weibendamm gerufen. Hier war ein Pferd auf einer Wiese versunken. Es wurde mittels Flaschenzuges herausgeholt und dem Besitzer unverfehrt übergeben. — Am 23. September gegen 20 Uhr wurde die Feuerwehr nach Tannenstraße 145 zu einem Schornsteinbrände alarmiert.

Ein Schüler vermisst. Vermisst wird seit 14. September der Schüler Hans Bertel, geboren 17. Oktober 1918 zu Breslau, Yorkstraße 15 bei den Eltern wohnhaft. Der Vermisste ist 1,10 Meter groß, schmächtig, hat dunkelblondes, dichtes Haar, gebaute Gesichtsfarbe, vorgewölbte Stirn, braune Augen, vollständige Zähne. Bekleidung: blaue Jade, kurze, braune Manchesterhose, braunes Sporthemd, hohe, schwarze Schnürschuhe.

Esperanto-Kursel. Der „Arbeiter-Operanto-Bund“, Ortsgruppe Breslau, beginnt am Dienstag, dem 2. Oktober, sowie Mittwoch, den 3. Oktober, 20 Uhr, im Schulhaus Kanonenhof, Taschenstraße 29/31, seine Kurse. Anmeldungen werden entgegengenommen vom ersten Vorsitzenden Genossen Hans Peretzsch, Breslau 6, Alsenstraße 57, oder im Gruppenlokal bei Rother, „Obergarten“, Mattflasstraße 35, jeden Freitag 20 Uhr sowie im Schulzimmer beim Kursusbeginn.

Breslauer Volkstheater. Zu den Aufführungen von Leo Tolstois Drama „Der lebende Leichnam“ im Lobe-Theater erhalten die Mitglieder der Abteilungen I—XIV und XXIX—XXXV der Stammgemeinde ab 21. d. M. in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Gastkarten zum Einheitspreise von 1,85 Mark.

Kinder bestirnen Sarrafani. Sarrafani kann sich rühmen, ein Freund der Kinder der ganzen Welt zu sein. Die Jungen, Jungen wie Mädchen jeden Alters, sehen in Sarrafani mit Recht den Mann, den großen Zauberer, der ihnen mit seiner „Schönsten Schau zweier Welten“ beste Unterhaltung und Belehrung zugleich vermittelt; hervorragende Pädagogen aller Länder und aller Richtungen geben den Kindern hierin recht. Die nächste Nachmittagsvorstellung findet am Mittwoch um 3 Uhr statt. Es wird in dieser Nachmittagsvorstellung wie auch in denen am Sonnabend und Sonntag um 3 Uhr das gesamte Abendprogramm mit allen Attraktionen der fremden Völker und der erotischen Tiere gegeben. Kinder zahlen auf Plätzen von 2 Mark auswärts halbe Preise.

Mittelschlesien

Grehen i. Sch.

Öffentliche Versammlung. Am Dienstag, dem 25. September, 20 Uhr findet bei Wende („Stadt Breslau“) eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Stadtrat G. Böckel-Berlin spricht über „Panzerkreuzer und Sozialpolitik“. Erscheint zahlreich zu dieser Versammlung!

Delb. Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist der Maschinist Otto Siebitt, der auf dem Dominium Karlsburg tätig war. Er geriet in die in vollem Gange befindliche Strohpresse, wobei dem Unglücklichen beide Unterarmknochen abgequetscht wurden. Außerdem trug er innere Verletzungen davon. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde er mittels Krankenautos in

das Städtische Krankenhaus zu Delb übergeführt, wo er kurz nach der Entleerung seinen schweren Verletzungen erlag.

Osau. Die Binnereier gegen Panzerkreuzerbau und für Vorkriegswahl. In der am 15. September stattgefundenen Mitgliederversammlung des Binnereierverbandes wurde neben einigen organisatorischen Angelegenheiten auch der Fall Springer zur Sprache gebracht. Springer war wegen Ausführung von Abarbeitung ungeschuldig. Zum Erkennen aller Kollegen brachte Springer einige Lohnbehalte herbei, auf denen er als Voller bezeichnet wird, und die Lohnbehalte von 70—80 Mark aufweisen, während der Lohn eines Vollers in Osau nur 74,50 Mark beträgt. Die Kollegen des Binnereierverbandes, dem „Voller“ Springer, dem stützen SPD, nicht viel Glück dazu, daß er einen Meister gefunden hat, der ihn über Tarif bezahlt. Beim Punkt „Verschiedenes“ brachte Kamerad Böckel untergeordnete Resolution ein, die auch bei der Entlassung angenommen wurde. Hier sprang der Kollege Springer wie ein wilder Stier auf und wollte beim Vorstand verbleiben, die Resolution zur Abstimmung gelangen zu lassen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die heute am 15. September stattfindende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Binnereier Deutschlands, Sachstelle Osau, protestiert ganz energisch gegen den von der Regierung beschlossenen Bau des Panzerkreuzers. Die heute anwesende Mitg. übergeben, alle Kräfte einzusetzen, um das von der SPD eingereichte Volksbegehren zu unterstützen.“

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau.
 - Stadtteil West. Mittwoch 20 Uhr Funktionärstagung im „Anglerhelm“.
 - Stadtteil Nord. Sämtliche erwerbslose Parteigenossen, Kameraden und Kote-Gilde-Mitglieder, welche im Besitz eines Fahrtisches sind, treffen sich mit Rab Mittwoch 10 Uhr bei Schneider, Rosenstraße.
 - Stadtteil Nordost. Mittwoch 20 Uhr Parteifunktionärstagung bei Köhner, Uferstraße.
 - Freiburg. Dienstag 19,30 Uhr in der „Stadt Wien“ öffentliche Versammlung über „Panzerkreuzerbau und Sozialpolitik der Kommunisten“.
 - Kommunistischer Jugendverband
 - Breslau.
 - Süd. Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Gruppenabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Gäste willkommen.
 - West. Dienstag 20 Uhr Helmenabend im „Anglerhelm“, Deutscherstraße. Gäste willkommen.
 - Jung-Spartakus-Bund
 - Breslau.
 - Süd-Zentrum. Mittwoch 18 Uhr Helmenabend bei Janke, Friedrichstraße 41.
 - Roter Frontkämpfer-Bund
 - Breslau.
 - Aufnahmehunderthschaft. Dienstag 20 Uhr im „Roten Löwen“, Kupferhammerstraße. Kamerad Stiefen spricht über „Faschismus“.
 - Schmelzberg. NZV. und NZ. Dienstag 19 Uhr Westsport-Mitgliedertreffen Margaretenplatz.
 - Note Jungfront
 - Breslau.
 - Abt. 1 (Eubjony). Mittwoch Kameradschaftsabend bei Wiesner, Uferstraße.
 - Abt. 2 (Lenin). Dienstag Kameradschaftsabend bei Retsmann, Neue Antonienstraße.
 - Roter Frauen- und Mädchen-Bund
 - Breslau.
 - NZMB. Mittwoch 19 Uhr Gesamtfunktionärinnen-Sitzung im Lokal „Zum Kupferhies“, Kupferhammerstraße 33/34.
 - NZMB. Abt. 2. Dienstag 19,30 Uhr Kameradschaftsabend bei Mitsche, Jägerstraße 2.
 - NZMB. Süd-West-Zentrum. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Wind, Mariannenstraße 16.
 - NZMB. Abt. 3. Dienstag pünktlich 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Köhner, Uferstraße.
 - Altwasser. NZMB. Donnerstag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Gen. Krügel, Bauverein 20.
 - Sonstige Organisationen
 - Breslau.
 - Note Hilfe. Di. Mittwoch 20 Uhr erscheinen sämtliche Funktionäre mit Kartothekarten im Wehlytschloß.
 - Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Mittwoch 19 Uhr Funktionärstagung im „Lachs“, Ursulinstr. 21.

Theater und Kino

„Der Prozeß Mary Dugan“

Erstaufführung im Thalia-Theater.

Während der letzte Kriminalroman, „Der Deyer“ nur aus Bluff und Sensation bestand, handelt es sich bei diesem Amerikaner Wahard Veiler schon um etwas mehr. „Der Prozeß Mary Dugan“ ist zwar auch volllgepropt mit Spannung und Kriminalreportage, dabei gibt er doch einen Begriff von der niederträchtigen Justizmaschinerie der USA.

Das Stück schildert die Gerichtsverhandlung gegen die Geliebte eines reichen Mannes, die beschuldigt wird, ihren Freund ermordet zu haben. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung erbringt der Bruder der Angeklagten, der die Verteidigung übernommen hat, den Nachweis der Schuldslosigkeit der angeblichen Mörderin und überführt die wirklichen Täter, den ersten Anwalt seiner Schwester und dessen Geliebte, die Frau des Gemordeten, also nichts weiter, wie ein überaus fesselnder Kriminalroman. Das würde dem Stück, bei dem Sensationsehung des heutigen Theaterpublikums, schon einen Erfolg gesichert haben. Aber in der ganzen Verhandlung, in den Verhören und Kreuzverhören wird von dem Dichter so recht die widerliche Doppelmoral des amerikanischen Bürgertums beleuchtet. Glänzend die Zeichnung dieses Staatsanwalts, der, verbindlich lächelnd, doch voller Gemeinheiten und Ausfälle gegen die Angeklagte die Verhandlung führt. Das Mädchen, das um materieller Vorteile wegen ein Verhältnis mit einem Reichen eingeht — es ermöglicht dadurch dem Bruder das Studium — ist für ihn nur eine Mätresse, während der verheiratete Mann natürlich das arme Opfer einer raffinierten Kollette ist. Und als die Angeklagte die gutbürgerliche Ehe als eine wirtschaftliche Versorgungsangelegenheit für die Frau bezeichnet, gerät der ehrenwerte Staatsanwalt samt Gerichtshof geradezu in Raserei. Als das Mädchen erzählt, daß der erste Freund es mit 16 Jahren nahm, verlangt das Gericht, moralisch aufgebregt, die Nennung dieses Wühlings. Doch als das Mädchen erklärt, es handele sich um einen Gentleman, also um einen ihrer Klasse, beruhigen sich die Gemüter wieder sehr schnell. Nachdem der Staatsanwalt zum Schluß den Zusammenbruch seiner Anklage sieht, erklärt er ironisch lächelnd — genau so wie er am Anfang sich als der Sprecher der empörten Millionenvollmasse vorstellt — „es lebe die Gerechtigkeit, die Hauptsache ist, daß ein Schuldiger gefunden wird.“ — Und dieses Stück ist

in Newyork gegen tausend Mal ausgeführt worden. Die feisten Bobitts werden sich zwar an diesem Prozeß defektiert haben, die Anklagen des Dichters werden aber kaum gehört worden sein.

Die glänzende Inszenierung machte die Aufführung Paul Barnabs zu einem spannenden Ereignis. Die Darstellung war in durchweg in guten Händen. Margit Barnab als Galt gab der Mary Dugan überzeugenden Ausdruck. Der Staatsanwalt Gerhard Ritter war ein groteskes Abbild dieses „jamosen“ Anklägers. Fritz Schmelzdel als Jimmy Dugan, ein temperamentvoller, schlagfertiger Verteidiger. Das Publikum war über das happy end höchlich erfreut.

Lobe-Theater. „Der lebende Leichnam“ wurde am Sonnabend zu Ehren des hundertsten Geburtstages Tolstois aufgeführt. Ein Drama, das uns infolge der meisterhaften Seelenschilderung zwar interessiert und fesselt, indessen nicht mehr erschüttern kann. Fedja, der aus einer gutbürgerlichen Ehe in die Romantik eines Zigeunerlagers flüchtet, von der Familie zu einer Lösung gedrängt Selbstmord vorläuft und als „lebender Leichnam“ so lange existiert, bis er Opfer eines Spreßers wird, steht im Mittelpunkt dieses Tolstoi-Dramas, das mit einer Gerichtsverhandlung gegen die wiederbelebte Frau und ihren Mann und mit dem Selbstmord Fedjas im Vorraum des Gerichtes endet. Das Schicksal Fedjas, einer sensiblen Natur, eines willensschwachen Charakters, ist in der Faszination russischer Bourgeois der Vortriebszeit begründet. Tolstoi läßt Fedja erkennen: Um in dieser Gesellschaft zu leben, muß man entweder ein Amt haben und alles Schmutz mitmachen oder diese Gesellschaft bekämpfen, und das heißt ein Held sein. Beides kann Fedja nicht. Seine Auflehnung gegen die Heuchelei der Gesellschaft besteht in Flucht und einer radikalen Ablehnung und Verurteilung der gesellschaftlichen Lügen und der Scheibungs- und Gerichtskomödie.

So muß Fedja zugrundegehen und durch Selbstmord erden. Das hat uns vor dem Kriege ergriffen, doch heute, wo das Ringen des befreiten russischen Proletariats die Welt in Atem hält und die gesamte besiegte Klasse der Fedjas in Rußland ein lebender Leichnam ist, was bedeutet das dieses Einzelschicksal? Es ist der Schatten einer vergangenen Zeit.

Robert Thoreen in der Hauptrolle war in den ersten Szenen matt, steigerte dann seine Leistung gewaltig und erreichte den Höhepunkt in der Szene vor dem Untersuchungsrichter. Thoreen Thoreen-

— als erste Frau des Fedja — verkörperte sehr gut die Seelenqualen der Frau, die vergeblich versucht, den halbtönen Fedja, den sie bis zum letzten Augenblick liebt, zurückzugewinnen. Eine großartige Leistung war wieder Käthe Gold als Zigeunerin Mafcha. German Kner, als Untersuchungsrichter, war eine Robinetta-Listung. Zu erwähnen sind ferner die guten Leistungen von Käthe Habel-Reimers als Zigeunermutter, Elise Gerdt als Anna Pawlowna und Majaja Serin als Karemins Mutter.

Alles in allem: eine gute Aufführung und ein voller Erfolg — wie der stürmische Beifall des bis auf den letzten Platz besetzten Hauses bewies.

Weltbühne. „Eine Nacht in Yoshikawa!“ Der Film schildert die unglückliche Liebe einer Weissa zu einem amerikanischen Offizier. Trotz der sehr banalen Liebesgeschichte ist der Film lebenswert, da er sehr gute Aufnahmen bringt und sehr deutlich das Ekavenerleben der unteren Klasse in Japan zeigt, die ihre eigenen Töchter verkaufen müssen. Auf der Bühne treten die humoristischen Akrobaten Puff und Petron mit großem Erfolge auf.

Apollo-Lichtspiele. „Chicago.“ Ein satirischer Film, der den übertriebenen Frauenkult der Amerikaner scharf geißelt. Eine junge, hübsche, gedankenlos dahinlebende Ehefrau knallt ihren Freund, mit dem sie ihren Satten betrog, über den Haußen, als er sie verlassen will. Ein struppiger Rechtsanwalt und eine schmutzige Sensationsexpress, die über sie als die schönste Mörderin von Chicago schreibt, erwidern ihren Freispuch. Ein höchst aktueller, spannender Film, zumal sich auch in Deutschland bei gewissen Kreisen ein ähnlicher Fetischismus zeigt. Von Dienstag bis Donnerstag: „Die von der Straße leben.“

Deutscher-Lichtspiele. „Almenraufch und Edelweiß.“ Die bayrischen Berge sind der Ort der Handlung. Wildbebe, Jäger, Schmuggler und Grenzer beleben in einer spannenden Handlung die Leinwand. Die laubere und hübsche Sennerei wird nach den irdlichen Widerständen Baurerin. Fritz Rampus stellt einen prächtigen Schmuggler dar. Gute Aufnahmen und eine flotte Handlung zeichnen den Film aus.

Franz Leberer, das ehemalige Mitglied des Lobe-Theaters, ist an den Berliner Sallenburg-Bühnen tätig, spielt in dem demnächst hier zur Aufführung gelangenden, neuen Portier-Fetisch-Film „Jullust“ die männliche Hauptrolle.

SOZIALPOLITISCHE RUNDSCHAU

AUS THEORIE UND PRAXIS

Die Sozialpolitik des AEG-Konzerns

Auf der Seite Sozialpolitische Rundschau des „Mahnruf“ Nr. 15 brachten wir allgemeines der „Sozialpolitik des AEG-Konzerns“. Auf die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ dieses Konzerns im einzelnen soll der folgende Artikel eingehen.

Im letzten Jahre stöhnten bei den Jahresabschlüssen die Unternehmer aller Parteirichtungen planmäßig über die hohen Soziallasten ihrer Werke. Warum, ihr armen Herren Unternehmer belastet ihr euch dann mit einer freiwilligen Betriebssozialpolitik von solchen Ausmaßen? Weil ihr keinerlei staatliche Regelung der Sozialpolitik wünscht, sondern einen Werkssozialismus ungehemmt durch staatliche allgemeine verbindliche Regelung zur Bestechung und Korruption gewisser Schichten Betriebsführer, vor allem der Angestellten, durchzusetzen wünscht.

In der AEG. gibt es für Ausbildungszwecke die Emil- und Erich-Rathenau-Stiftung, welche „strebenden Arbeitern“ Unterstützung gewähren soll. Es kommen praktisch aber nur ideologisch vollkommen „zweckmäßige“ Bewerber in Frage, denen Betriebsinteresse anerzogen werden soll.

Weiter gibt es eine „Ruhegehaltseinrichtung“, deren Satzung eine einzige Verhöhung der Angestellten und Arbeiter ist. „Der Nachweis der Arbeitsunfähigkeit braucht bei mindestens 45-jährigen Arbeitern nicht erbracht werden.“ Wie gnädig! „Ruhegehälter werden jeweils auf ein Jahr gewährt“, ... „solange ein Ruhegehaltsempfänger wieder arbeitsfähig ist, wird Ruhegehalt nicht gezahlt“ ... „die Höhe des Ruhegehaltes beträgt nach 10-jähriger Tätigkeit für männliche Personen 180 Mark im Jahr, für weibliche Personen 135 Mark im Jahr, steigend von Jahr zu Jahr um 13,50 Mark.“ Diese Almosen wagt, nach den Worten des Herrn Dr. Preuß, ein Weltkonzern als sozialpolitische Errungenschaft für die Allgemeinheit zu preisen. Es gibt nicht viele Arbeiter und Angestellte, die bei der dauernden Rationalisierung, Verstraffung, den immer krasser werdenden Wirtschaftskämpfen die Bedingungen einhalten können, die hier gestellt werden und wenn dann die „Arbeiterpresse herbe Kritik übt“, dann tut der Unternehmervertreter in Entrüstung.

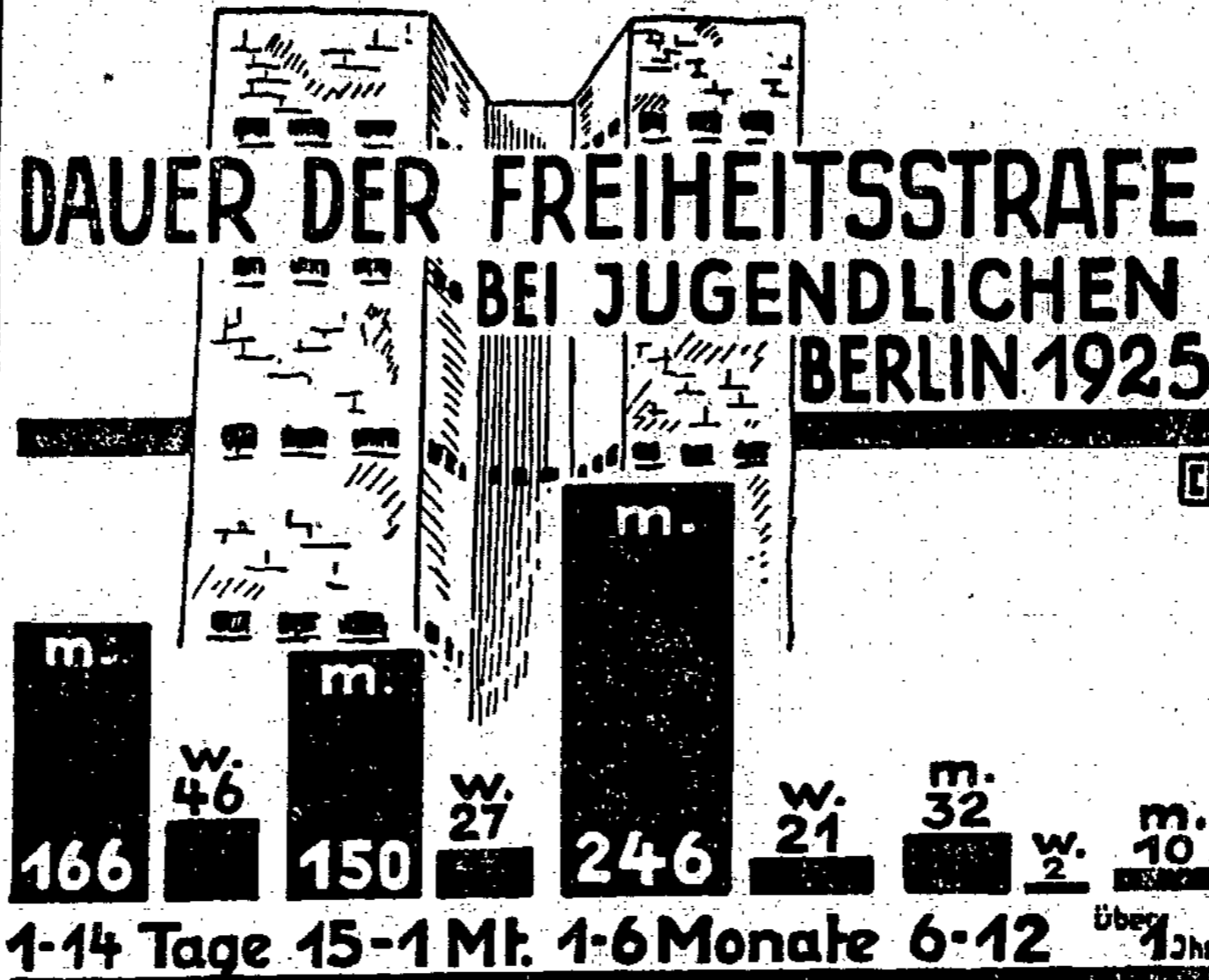
Weiter bestehen da „neutrale“ Siedlungsgenossenschaften, die „aus der Belegschaft heraus“ entstanden sein sollen. Für deren Wohnungen der Angestellte und Arbeiter sofort einen erheblichen Prozentsatz mehr Miete tragen muß, wenn er so freizügig ist, sich nach einer anderen Arbeitsstelle umzusehen. Die „Freizügigkeit“ wird nach den Ausführungen des Herrn Dr. Preuß natürlich nicht beschränkt. Ueber den Werksport hört man ihm am besten wörtlich: „Der Zusammenschluß der Belegschaft ohne Unterschied der Stellung im Betrieb (wie demokratisch) zu einem Werksportverein, in dem selbstverständlich jede politische und religiöse Stellung- und Einflusnahme ausgeschlossen sein muß, gibt Möglichkeiten, die anderweitig nicht geboten werden können und fördert im gemeinsamen Sportbetriebe das Zusammengehörigkeitsgefühl, das nötig ist, um praktische Sozialpolitik im Betrieb zu treiben.“ Diese praktische Sozialpolitik kann der unbefangene Leser an Hand obiger Zitate selbst nachprüfen und wird sicherlich zu der Anschauung kommen, daß auch der gemeinsame politisch und religiös neutrale Werksport nur den Zweck verfolgt, harmlose Ausbeutungsschafe planmäßig heranzuzüchten.

Daß diese Unternehmervertreter manchmal nicht die besten Momente haben, in denen sie für sich ehrliche Schlussfolgerungen ziehen, geht aus dem Artikel des Herrn Dr. Preuß, Heft 1, Seite 20, ebenfalls klar hervor. Es heißt an dieser Stelle: „Irrig ist die Ansicht, daß durch gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit einem der größten Uebel, das sich in der heutigen Wirtschaft der ganzen Welt breit macht, der Arbeitslosigkeit, erheblich gesteuert werden könnte.“ Dieser Ansicht sind wir auch, daß in der „heutigen Wirtschaft“ dieses größte Uebel, abgesehen von den anderen Uebeln, wie Wohnungswesen, Altersversorgung usw. nicht beseitigt werden kann, nur mit dem Unterschied, daß die Kommunisten „in der ganzen Welt“ konsequent durch Beseitigung dieser heutigen Wirtschaft zur Erringung der sozialistischen Wirtschaftsordnung dagegen ankämpfen. Als Hindernis steht diesem einmal der straff organisierte und den Staat beherrschende Unternehmerapparat einschließlich des Herrn Dr. Preuß gegenüber und ein zweites Mal die von Herrn Dr. Preuß verbreitete wirtschaftsfriedliche Anschauungswelt „Sozialpolitik“. Ein weiteres Hindernis von einem großen Teil der Arbeiter und Arbeiterschaft ebenfalls nicht zu übersehen, ist die Betriebspolitik des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes. Wenn z. B. ein Gesamtbetriebsratsmitglied Ende 1927 der Generaldirektion empfiehlt, die oben zitierte „Spannung“ bei den Lehrlingen der Werkschule kostenlos zu verteilen und die Direktoren der „Freigewerkschaftler“ erklären muß, „nein, das wollen wir nicht, das sähe dann so aus, als wäre es eine Werkszeitung und kein neutrales Organ“. Wenn weiterhin „Freigewerkschaftler“ im Betrieb für das Lesen und Verbreiten dieses Unternehmerorgans eintreten, so zeigt dies die Früchte sozialdemokratischer Erziehung zur Wirtschaftsdemokratie. Der Sozialdemokrat sagt Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Unternehmer sagt z. B. in der „Spannung“, Heft 1, Seite 19: „Durch das Gesetz von 1926 sind die Betriebsräte ... im Laufe der Jahre in diesen Angelegenheiten eingearbeitet und dem Organismus des Unternehmens einverleibt.“ Interessant für die An-

gestellten- und Arbeiterschaft ist noch die eine Tatsache, daß es 1920 Hilferding und die damalige USPD, war, die aufs energischste gegen dieses Gesetz zur Ablösung der Errungenschaften der Novemberrevolution gekämpft hat, während Hilferding heute, fern ab von jeder Betriebsführung, wie meist alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, der theoretische Wortführer der Wirtschaftsdemokratie innerhalb der SPD. ist.

Der „praktischen Sozialpolitik“ der AEG,

dem Einfügen der Belegschaftsfunktionäre in den Organismus des Unternehmens, wird die durch die praktischen Ergebnisse einer derartigen Politik erfahrene Angestellten- und Arbeiterschaft am besten begegnen können, indem sie sich nicht nur freigewerkschaftlich organisieren, sondern in den freien Gewerkschaften klar und deutlich für eine wirkliche Verbesserung ihrer Entlohnungs- und Arbeitsverhältnisse eintreten und durch Aufstellung und Wahl von Funktionären, die auf dem Boden des



AM PRANGER

Haus „Kinderschutz“ Zehlendorf

Haus „Kinderschutz“ ist das der Stadt Berlin gehörige Heim in Zehlendorf, in dem alle männlichen und weiblichen Berliner Fürsorgezöglinge von 3 bis 14 Jahren zunächst untergebracht werden. Von dort aus werden sie nach einer gewissen Beobachtungszeit in andere für sie in Frage kommende Erziehungsanstalten verteilt, oder auch in Familienpflege, in der Hauptsache auf das Land gegeben.

Ueber dieses Haus „Kinderschutz“ kommen uns allerhand merkwürdige Dinge zu Ohren. Die Einstellung der Beamten ist eine durchaus reaktionäre. Es wird nur Rechtspresse gelesen. In der Bücherei, die den Kindern zur Verfügung steht, finden sich Bücher als da sind: „Unsere blauen Jungen“ (schwarzweißbroter Einband), „Im Torpedoboot gegen England“, „Mit dem Hauptquartier im Westen“ und was der schönen lehrreichen Bücher mehr sind. Die Kinder werden ins Kino geführt und zwar in „Königin Luise“. Dieser Film soll wohl einwandfreie deutsche Geschichte den Kindern vermitteln. Wandbilder in den Schizimmern des Heims verherrlichen den Heldentod fürs Vaterland, das alles soll den bedauernswerten Proletenkindern, die da „erzogen“ werden sollen, wohl die erwünschte vaterländische Gesinnung beibringen. Die Erziehung im Heim ist vollständig auf Autorität abgestellt. Mit Freundlichkeit und Liebe werden die Kinder nicht verwöhnt. Auch körperliche Züchtigungen, obwohl verboten, kommen durchaus vor.

Angestellte der Anstalt werden sehr gut und reichlich mit mehreren Gängen verpflegt, während die Zöglinge, obwohl sie mit den Erziehern das Essen gemeinsam einnehmen, nie das selbe essen, sondern meist zusammengewaschene Speisen erhalten. Ein sehr „pädagogisches“ Vorgehen. Oft klagen die Kinder über das Essen. Wiederholt sind Maden im Essen, die die Kinder vom Teller beiseite legen. Der stellvertretende Leiter, daran aufmerksam gemacht, erklärt: so etwas käme selbst in Lokalen vor, außerdem sei ein großer Prozentsatz der Kinder nicht gewohnt, überhaupt ein warmes Mittagessen vorgesetzt zu bekommen. Kommentar hierzu ist wohl überflüssig. Dafür wird aber in der Anstalt reichlich gebetet. Außer den täglichen Morgenandachten wird fünfmal am Tag offiziell gebetet. Auf den ausgesprochenen Wunsch von einigen Eltern sind einige der Kinder von der Teilnahme an diesen Andachten befreit worden, jedoch nicht, ohne daß ihnen daraus stüfe Vorwürfe gemacht werden und sie es auf irgend eine Weise zu fühlen bekommen.

Uns scheint es dringend notwendig zu sein, daß die Berliner Stadtverordneten in die Zustände dieser, der Stadt Berlin gehörenden Anstalt etwas hineinstecken und für Abhilfe dieser Mängel sorgen.

Eine Kiste genügt für tote Arbeiterkinder

Einem Kölner Wohlfahrtsamtsverwalter war ein Kind kurz nach der Geburt gestorben. Als er bei der zuständigen Wohlfahrtskreisstelle wegen eines Sarges vorstellig wurde, erhielt er den Bescheid, daß er das Kind in eine Kiste legen, dieselbe zuzunageln, und den „Sarg“ zum Friedhof bringen solle. Es sei gang und gäbe, daß Arbeiter ihre Kinder so bestatteten. Man könne keine Ausnahme machen, denn es stünde dem eine Anweisung des Wohlfahrtsamtes entgegen.

Diese schauerliche Praxis ist in allen Wohlfahrtskreisstellen Kölns üblich, ohne daß sich bisher jemand dagegen beschwert hätte. Der Dezernent des Kölner Wohlfahrtsamtes, der Beigeordnete Dr. Scherung, hat bis jetzt auf alles Ersuchen um Aufklärung geschwiegen. Die Antwort dürfte ihm nicht leicht fallen, denn er kann die Tatsache nicht leugnen und die Existenz der Anweisung nicht bestreiten.

Für prunkvolle Anstellungen und dergleichen hat die Stadt Köln Geld, kleine Arbeiterkinder müssen aber in Kisten begraben werden.

Klassenkampfes stehen, für ihre praktische Interessenvertretung sorgen. Gleiches Gehalt für Mann und Frau, gleicher Lohn für gleiche Leistung, die starre 48-Stunden-Arbeitswoche, Wiederherstellung der alten Urlaubssätze, Beseitigung des angeblichen Leistungsstills, das sind kurz zusammengefaßt Forderungen, bei denen die AEG-Direktion zeigen könnte, daß sie „praktische Sozialpolitik“ treibt. Inzwischen aber tun die Angestellten und Arbeiter gut, wenn sie sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen und geschlossen nach den Worten Karl Marx handeln, daß „die Befreiung der arbeitenden Klasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann“.

Fürsorgeerziehung

Welche Gründe und Paragraphen manchmal bei Anordnung der Fürsorgeerziehung herangezogen werden, zeigt ein Urteil vom 16. Februar 1926, Amtsgericht Mannheim.

Ein sechzehnjähriges Mädchen unterbleibt mit jungen Burschen geschlechtliche Beziehungen. Auf Antrag des Stadtjugendamts Mannheim wurde vom obengenannten Amtsgericht die Fürsorgeerziehung angeordnet.

Gründe: Das Mädchen ist die Tochter des Lumpenhändlers K.

Es sind noch sechs weitere Kinder vorhanden.

Die häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht günstig; das Fürsorgeamt muß teilweise eingreifen.

Der Vater ist wegen verbotenen Handels, die Mutter wegen versuchter Abtreibung verurteilt.

Der katholische Fürsorgeverein hat dem Mädchen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

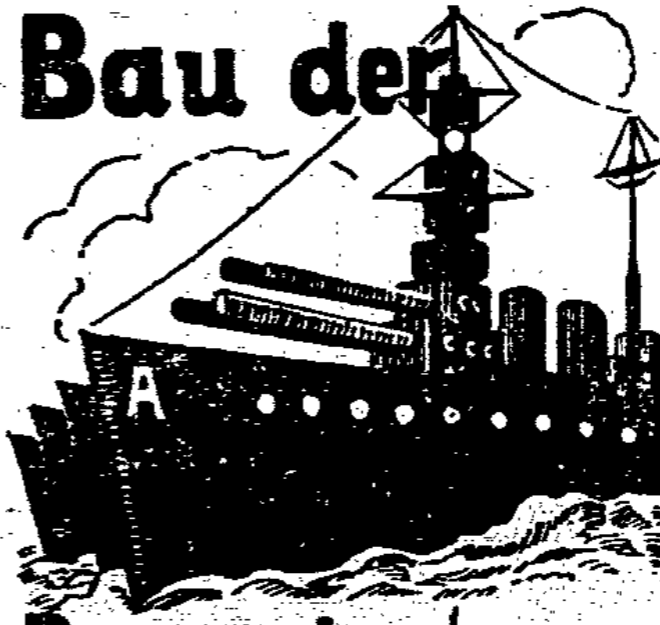
Es folgt dann die eigentliche Straftat, wie oben unter Absatz 2 angegeben.

Es ist in den Augen des Gerichts schon ein Verbrechen, die Tochter eines Lumpenhändlers zu sein. Ein weiteres Verbrechen scheint es einer Familie mit sieben Kindern anzugehören. Von den anderen angegebenen Gründen gar nicht zu reden. Der wesentlichste Grund scheint, daß der katholische Fürsorgeverein dem Mädchen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt hat. Wir wissen ja, wie so ein Zeugnis zu bewerten ist, wer nicht jeden Tag mit dem Rosenkranz in die Kirche rennt, wird von dem katholischen Fürsorgeverein so leicht kein gutes Zeugnis erhalten. Bei der Behörde aber spielen solche Zeugnisse eine wichtige Rolle.

Seit zweieinhalb Jahren befindet sich das Mädchen nun in der „Erziehungsanstalt“ Scheibhardt bei Karlsruhe. Alle Bemühungen der Eltern, das Mädchen aus der Anstalt zurückzuerhalten, scheiterten an der Hartnäckigkeit des Stadtjugendamts Mannheim. Das Mädchen ist inzwischen 19½ Jahre alt und ist, wie der Leiter des Jugendamts selbst feststellen mußte, vollkommen seelisch zusammengebrochen.

Ein Gesuch unserer Organisation an das Stadtjugendamt betreffs Aufhebung der Fürsorgeerziehung wurde ebenfalls abgelehnt, trotzdem einige Tage vorher einem Kommunalvertreter der Kommunistischen Partei erklärt wurde, das Mädchen würde am 1. Juli entlassen. Inzwischen wurde festgestellt, daß diese „Entlassung“ zu ihren Eltern damit nicht gemeint ist, sondern dem Vater wurde erklärt, wenn er seine Zustimmung geben würde, wolle man die Tochter in eine Stellung bringen, und zwar in eine zu einem katholischen oder evangelischen Fürsorgeverein. Das Mädchen erhält dort keinen Lohn, dieser wird von dem betreffenden Fürsorgeverein eingezogen.

In aller Öffentlichkeit muß die sofortige Freilassung dieses Mädchens gefordert werden. Weiter fordern wir die Freilassung aller dieser Opfer, für welche unter diesen Umständen „Fürsorgeerziehung“ angeordnet wurde.



Panzerkreuzer ABCD

Bewilligt H. Müller.

SPD. und Bürgerblockregierung haben 1928

Bewilligt:
Als ökonomischen Betrag für Heer und Marine:
795,6 Millionen;
als tatsächlichen Betrag: 783 Millionen.
Das bedeutet eine Steigerung seit 1924 von über 300 Millionen

450 MILLIONEN FÜR SOZIAL ETAT

Gestrichen:
Für Kinderspionage:
für unterstützende ...
350 Millionen;
für Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit: 105 Millionen.